

# Blatt für den Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Das „Blatt für den Arbeiterkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Abonnementspreis halbjährlich 1,20 Mark; vierteljährlich 0,60 Mark, ohne Porto. Einzelhefte 0,15 Mark. Druck: Druckerei des Völkischen Kampfes, Halle, Brühlstraße 14. Verleger: Völkischer Kampfesverlag GmbH, Halle, Brühlstraße 14. Postamt: 210 45 (Halle); 210 42 (Verlag).

Wird von der Arbeiterbewegung getragen  
**Der Rote Stern**

Verleger: Völkischer Kampfesverlag GmbH, Halle, Brühlstraße 14. Druck: Druckerei des Völkischen Kampfes, Halle, Brühlstraße 14. Postamt: 210 45 (Halle); 210 42 (Verlag).

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, 29. August 1931

11. Jahrgang Nr. 167

## Chemieproleten erwachen!

**Massenentlassungen im Stickstoffwert Viekeritz — Belegschaft will Entlassungen und Lohnraub nicht länger dulden — Bafüner hat fast die gesamte Belegschaft gegen sich — RGD organisiert den Streik**

(Eig. Meldung.) Viekeritz, den 29. August.

Wie mir bereits berichtet, wollen die Chemiefabrik neue Massenentlassungen vornehmen. Gestern fand in Viekeritz eine große Belegschaftsversammlung des Stickstoffwertes statt. Über 500 Arbeiter waren zugegen. Die Versammlung war einberufen durch den Betriebsrat. Der Renegat Bafüner eröffnete die Versammlung, weil er erst den Erwerbslosenaustritt, der zugehen war, aus der Versammlung hinausbringen wollte. Endlich mußte er zustimmen, daß ein Vertreter der RGD und ein Vertreter des Betriebsrats an der Versammlung teilnehmen.

Die Anschuldigungen des Renegaten wurden von der Belegschaft immer wieder unterbrochen. Tugend von Arbeitern forderten den sofortigen Streik gegen jede Entlassung. Heute Sonnabend sollen 200 Arbeiter entlassen werden. Bafüner schlug eine Urabstimmung am heutigen Tage vor. Er weiß genau, daß es dann zu spät ist.

Der Vertreter des Betriebsrates der RGD, Genosse Jocher, hat begehrt, den Belegschaftsmitgliedern den Inhalt, daß die Entlassungen heute durch Streik zu beantworten sind. Bafüner hat in der großen Belegschaftsversammlung über den Kampf nicht abstimmen

lassen. Die Versammlung ging in ungeheurer Tumult auseinander. Von Seiten der RGD werden weitere Kampfmaßnahmen beschlossen und durchgeführt!

### Griesheim-Proleten in Alarm!

(Eig. Bericht.) Bitterfeld, 29. August.

Im Bitterfelder Volkshaus fand gestern eine Belegschaftsversammlung der Griesheim-Werke statt. Von der 1800 Mann starken Belegschaft waren nur wenige zugegen, die anderen hatten sich abhalten lassen durch das dauernde Kreuzen der Ueberfallwagen der Polizei vor den Werkstoren. Die Belegschaftsversammlung war trotz des schwachen Besuches vom Kampfwillen getragen. Sämtliche Kollegen verpflichteten sich, eine neue Versammlung vorzubereiten. Sie schilderten die Lage in den Betrieben, die unentzählich geworden ist. In einer Entschließung wurde der Streik als einziges Mittel zur Abwehr der Unternehmensentwürfe angesehen. Die Versammlung beschloß Mobilisierung der gesamten Belegschaft unter der Leitung:

Streik gegen die nationale Selbsthilfe der Bourgeoisie, für die rote Selbsthilfe des Proletariats!

### Die Masse herunter!

Halle, den 29. August

Das amtliche Institut für Konjunkturforschung berechnet in seinem neuesten Wochenbericht, daß im zweiten Vierteljahr 1931 das Bruttoeinkommen der Arbeiter, Angestellten um 1,25 Milliarden Mark niedriger gewesen ist, als im zweiten Vierteljahr 1930. Der Einkommensrückgang im ersten Halbjahre 1931 gegenüber demselben Zeit 1930 wird auf etwa 3 Milliarden Mark beziffert.

Für einigen Tagen ist an dieser Stelle der Wahnsinn des Kapitalismus gefühlbar worden. Es wurde dargestellt, wie auf der einen Seite Streik im Arbeiterkampf nachschreit, auf der anderen Seite vernichtet werden, um die Preise nicht sinken zu lassen, während auf der anderen Seite Millionen Menschen bittersten Hunger leiden. Das

### Verbots-Terror gegen RPD

Bürgerkriegsaktion gegen roten Wedding und RZ-Haus

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. August.

Die Polizei befehlt heute früh die Kösliner Straße und die Weddingstraße, die aus den Wälgungen 1929 bekannt sind, desgleichen den Bülowplatz. Die Polizei war mit Karabinern ausgerüstet. Es wurde in den Häusern beider Gegenden nach Waffen gesucht. Sämtliche Telefonleitungen unseres Parteibüros waren abgechnitten.

Arbeitseinkommen sinkt in tosendem Tempo. Aber wo wird ein Preisabbau durchgeführt?

Nehmen wir die Wirtschaft: Butter, die am 15. Juli noch 1,50 Mark kostete, muß heute schon mit 1,70 Mark bezahlt werden; Zinlandspekt ist in derselben Zeit von 80 auf 90 Pfennig gefallen; Eier kosten heute 12 statt 10 Pfennig; Milch 30 statt 29 Pfennig. Das sind Preise, wie sie in den Großstädten bezahlt werden müssen. Geradezu aufreißend muß es wirken, wenn die Massen wissen, daß diese Lebensmittel im Ausland viel billiger zu haben sind als in Deutschland. Die Jolpolitik ist es, die in ihrem Betreiben, den Junkern die Profite zu sichern, den Brotkorb für die Massen in Deutschland immer höher hängt. Als diese Jolpolitik vor einigen Monaten noch nicht ausreichte, um das Sinken der Preise zu verhindern, hat der Roggenkommissar, der Sozialdemokrat Baabe, mit Zustimmung des Parteivorstandes der SPD, Hunderttausende von Zentnern Roggen aufgebraut und durch Beimischung von Chemikalien für die menschliche Ernährung unbrauchbar machen lassen.

Der Einkommensausfall, festgestellt durch das Institut für Konjunkturforschung, ist vor allem zurückzuführen auf die rückständige Lohn- und Gehaltspolitik des deutschen Unternehmertums. Täglich werden tausende Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Straßentrottoir gemartert, täglich werden die Löhne weiter abgebaut, die Unterhaltungen und die Sozialversicherungsbeiträge gestrichelt.

Doch jetzt kommt das Tollste. Diese selben Unternehmer wagen es, sich als Freunde der Arbeitslosen aufzuspielen. Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben einen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Mitglieder auffordern, im Winter Volkstischen zur Abgabe von verbliebenen Pfennigen an die Erwerbslosen und die hilfsbedürftige Bevölkerung einzutreten. Die Unterbringung dieser Volkstischen soll von privater Seite aus erfolgen. Auch in Halle wird morgen durch die größte bürgerliche Zeitung eine solche „private

## Verbote gegen den Jugendtag

In Leipzig und Dresden alle Demonstrationen und Saalfundgebungen verboten

In Leipzig und Dresden wurden sämtliche Veranstaltungen, Kundmärsche und Versammlungen zum 17. Internationalen Jugendtag verboten. Selbst Sportveranstaltungen sind nicht gestattet worden. Der Polizeipräsident in Witten hat die Demonstration zum Jugendtag ebenfalls nicht gestattet.

Das Leipziger Polizeipräsidium hat ein generelles Verbot des 17. Internationalen Jugendtages für Leipzig erlassen. Das Verbot der vier Saalfundgebungen erfolgte, trotzdem bereits am 19. August eine Genehmigung des Polizeipräsidiums vorlag.

Nur in den Verboten in Leipzig hat jetzt in Witten, Reitzberg und Meitz die Demonstrationen und Kundmärsche zum Jugendtag ebenfalls verboten worden.

Nach der letzte Arbeiter trifft und erkennt, warum diese rücksichtslosen Anordnungen gegen den kommunistischen

Jugendverband anlässlich des 17. Internationalen Jugendtages angewandt werden. Die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend, die in hellen Scharen zur einzigen revolutionären Kampforganisation, zum RPD, kommen, sollen auf diesem Weg aufgehalten und wieder an die sozialfaschistische Führung der SAJ gestellt werden.

Die Jugend Karl Liebknechts hat in allen entscheidenden Klassenauseinandersetzungen bisher bewiesen, daß sie auf dem rechten Recht. Die Verbote des 17. Internationalen Jugendtages sind nicht ein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche und des Niederganges des Kapitalismus.

Jugendkommunisten, antwortet auf dieses Verbot mit größter Effektivität! Werbt neue Mitglieder! Schafft Betriebszellen! Organisiert die jugendlichen Erwerbslosen! Schlicht die Einheitsfront mit den kassierten bewußten SAJ'ern.

## Streikfront der Gemeindearbeiter fest

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 29. August.

Eine gestern abend stattgehabene kombinierte Versammlung der Reformisten und Christen verließ überaus häßlich. Die 300 anwesenden Verbandsmitglieder verlangten die Proklamierung des Streiks. Die Anträge lehnte es ab, darüber abstimmen zu lassen, sie verlangte vielmehr, daß nach dem Rathaus erhaltene Briefen Anweisungen unter allen Umständen die Arbeit aufzunehmen sei. Der vom Anfang an einseitigen Teilen der Stadt gab die Streikbewegung der Bürotische mitglied aber infolge der starken Solidarität der Erwerbslosen, sowie der gesamten wertvollen Bevölkerung mit den Kämpfern.

Die Streikfront steht nach den heutigen Angelegenheiten unerschütterlich. Der Streik trägt dem Stadtbild bereits den Stempel auf. In allen Straßen liegen große Müllhaufen und die

Bürgerliche Presse bringt Mordmeldungen nach dem heutigen Verbot und folgert diese Meldungen aus der Tatsache, daß in einigen Stadtteilen Müll, Hausrat usw. in großem Umfange auf die Straßen geworfen worden. Die Polizei befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft.

(Eig. Drahtm.) Wuppertal, 29. August.

Gestern hat die Stadtverwaltung sämtliche Gemeindearbeiter einschließlich der Straßenbahner gekündigt und ihnen einen Kessels vorgelegt, bei verzüglicher Arbeitslosigkeit ohne Lohnausgleich zu arbeiten. Der Gemeindearbeiter hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt. Dem gestrigen gestrigen Streik schloß der Wohnungslosendarbeiter in Folge gleiches. Eine vielstimmige Streikfront zog gestern abend durch die Stadt.

## Großwerbe-Sonntag

Rote Selbsthilfe organisieren! Dazu gehört, daß die Massen die Wahrheit erfahren! Arbeitet mit, Genssen und Genossinnen! Werbt morgen für eure Zeitung, für den

## „Klassenkampf“

# Massenempörung in der SPD

## Die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Schwindel ihrer Führer in Erfurt

(Eig. Draht.) Erfurt, den 28. August.

Am Donnerstagabend fand in Erfurt eine Mitgliederversammlung der SPD statt, in welcher die Reichstagsabgeordnete Mathilde Wurm referierte. Der Referat war ein einziges Klagebild. Das Vertrauen der Massen zur SPD sei geschunden.

Es sei eine **starke Mithingung gegen die Politik der SPD** in den Arbeitermassen vorhanden.

Nur die Disziplin der SPD und der Regierung sei es zu verdanken, daß die SPD-Regierung im Juli d. J. die Politik der Schließung der Fronte, ohne daß es zu größeren sozialen Verwerfungen gekommen sei. Weitere Kürzungen der Sozialausgaben seien unermesslich. Die Zolierungspolitik der SPD könne nur weitergeführt werden, wenn eine Kontrolle der Kredite und Subventionen und eine Wiedereingabe der Sozialausgaben durchgeführt werde.

In der Disziplin wurde **kühnlicher Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die SPD-Politik**.

Der politische Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Erläuterung“, Marhof, verteidigte die Lokalisierungspolitik und erklärte, er wolle nicht gegen einen Kampf geführt werden solle. Ein Arbeiter habe sich gegen die Einstellung gegen die Bankerzeugnisse und gegen die Bewilligung des Reichsbudgets. Er wandte sich gegen den „Ausbruch“ Larnons auf dem Beispiel der SPD-Partei, daß die SPD-Regierung es zugeben müsse, daß die Kapitalisten nicht mehr möglich sei.

Die SPD-Führer hätten die Arbeiter verarscht. Bei diesen Worten wurde dem Redner von der Versammlung **starker Beifall** gezollt, während die SPD-Bonzen vor Wut schäumten.

Der Bezirkssekretär der SPD wollte dem Redner das Wort entziehen, aber trotz heftigen Ausfällungen zu Ende führte. Ein SPD-Bonze stellte daraufhin Antrag auf Schluß der Debatte, worauf ein Arbeiter erklärte:

Die Bonzen der SPD mit ihren Reingehältern hätten überhaupt keine Ahnung, wie es einem Arbeiter mit seinen paar Mark Einkommen zu Mute sei.

Die Referentin behauptete sich in ihrem nur wenigen Minuten dauerndem Schlußwort auf die Behauptung, daß die Ausführungen der oppositionellen Redner auf einem Irrtum beruhten. Sie bemerkte, daß die Referentin angesichts der Stimmung der Versammlung es nicht wagte, die sozialdemokratischen Bedingungen wegen des roten Volksstreiches zu wiederholen und jede Rede gegen die Sowjetunion und die Kommunistische Partei unterließ. Für die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter ist bezeichnend, daß die Ausführungen der Referentin sowie der SPD-Bonzen bei der Versammlung auf eine Ablehnung stießen, während umgekehrt alle gegen die Politik der SPD gerichteten Ausführungen **starken Beifall** fanden. Die Versammlung war ein Beweis für die Krise in der sozialdemokratischen Partei, in der die Arbeitermitglieder immer häufiger gegen die Politik ihrer sozialdemokratischen Führer rebellieren.

## SPD für Hungerprogramm des Hamburger Senats

Die Bürgerkassensitzung vom 26. August in Hamburg zeigte wieder einmal, daß die Vertretungen von den Sozialdemokraten beraten und verfaßt werden. Das „Spargprogramm“ des Senats wurde gegen die Stimmen der Kommunisten von der gesamten Bürgerkassensitzung, von den Nazis bis SPD, angenommen. Da nicht extra betont werden braucht, daß dieses Spargprogramm auf dem Rücken der Vertretungen ausgetragen wird, so ist die arbeitereindliche Politik der SPD wieder einmal ins hellste Licht gerückt worden.

## Die rote Front köhlt weiter vor

Der ehemalige sozialdemokratische Gemeinderatsträger Scherz aus Seblitz (Senftenberg-Industriegebiet) folgte dem Beispiel der früheren Sozialdemokraten August Endow und Andreas Dembinski und trat zur Arbeit der Arbeiterschaft über die SPD-Größen von Seblitz autorisierend für in die Knochen. Ein SPD-Arbeiter, der heute bereits mit einer Impfmöglichkeit, lächelt kaum an das „Rotes-Gesicht“.

„Die seit längerer Zeit sehr gut beachteten SPD-Versammlungen erzeugen starke Begehrtheit bei der SPD hier im Orte. Wir haben uns oft in unseren Mitglieder-Versammlungen darüber unterhalten müssen.“

Gewisse Heber gab bei seinem Referat aus der SPD eine Erklärung ab, die zugleich ein Appell an die noch in der SPD befindlichen Vertretungen darstellte. Er schloß mit den Worten:

## Macdonald von Arbeitern aus der Labour-Party ausgeschlossen

London, 27. August. (Eig. Draht.)

Die proletarischen Mitglieder der Ortsgruppe Hampstead der Arbeiterpartei, der Macdonald als Mitglied angehört, hat ihn gestern abend ausgeschlossen. Die Exekutive der Arbeiterpartei ließ sich die Entscheidung über die „Bedingungslosigkeit“ dieses Schlußes vorbehalten.

## Wenn Sozialdemokraten die „Macht“ haben...

### Das lehrreiche Beispiel der englischen Arbeiterpartei Das wurde vor zwei Jahren versprochen . . .

„Der Plan der Arbeiterpartei in der Frage der Arbeitslosigkeit ist es, Arbeit zu verschaffen; aber solange als die Wahrung der Arbeitslosen in regelmäßiger Weise unternehmen wird, welche Schritte unternommen, um die gegenwärtige Situation zu lindern. Sie wird das Arbeitslosenunterstützungsgesetz beibehalten, daß die Arbeitslosen eine höhere Unterbringung erhalten und wird jene Bestimmungen aufheben, die sie von den Unterhaltungen, zu welchen sie berechtigt sind, ausschließen.“

(Wahlprogramm der englischen Arbeiterpartei 1923.)

### . . . und das sind ihre Taten heute

Kürzung der Unterstützungsdauer für die Arbeitslosen auf 26 Wochen, oder aber Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um 10 Prozent; Erhöhung der Beiträge der in Arbeit stehenden Arbeiter für die Arbeitslosenunterstützung und Verpflichtung der Leistung von Beiträgen für die Arbeitslosenunterstützung von Seiten jener Arbeiter, Angestellten und Beamten, die nicht durch die Arbeitslosigkeit betroffen werden; Vornahme für Beamte, Arbeiter im Staatsdienst und Lehrer.

(Das „Spargprogramm“ Macdonalds, welches er mit der zurückgetretenen Regierung der Arbeiterpartei durchführen wollte, und das er jetzt in der neuen Konzentrationenregierung von Arbeiterpartei, Konventionen und Liberalen durchführen will.)

„Disziplin“ unter dem Titel „Der Tag des goldenen Regens“ durchgeführt werden. Ganz abgesehen davon, daß sich hinter diesem Disziplin in Halle eine ganz alte Geschichte steckt, die der Zeitung verweigert, ist das Ganze ein groß aufgesetztes Theater, mit dem die Arbeitermassen verwirrt werden sollen zu erfahren, daß die Unternehmungen und ihre Regierung jetzt drauf und dran sind, die Arbeiterlosen, unterstüßung vollständig abzubrechen. Wir werden es nicht zulaufen, daß mit heuchlerischen Versprechen von Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft seitens der deutschen Ausbeuterklasse die Tausende vertrieben werden. Heute geht bereits die Werbung durch die bürgerliche Presse, daß in der zukünftigen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums die Frage geprüft wird, ob und in welcher Weise die Einziehung von Kapitalisten, Kapitalisten und Profiteuren, die sich zur Unterstützung der Arbeiterlosen im Laufe des Winters möglich sein wird. Die Arbeiterklasse weiß, daß sich hinter diesen Versprechungen die Absicht verbirgt, den deutschen Großkapitalisten ein flüchtendes Geschäft zuzugleichen.

Diese Meldungen sind Alarmmeldungen für die Massen der Arbeiterlosen. Diese Massen dürfen sich nicht einfallen lassen von dem heuchlerischen Geheiß der kapitalistischen Geschäftsmänner. Sie müssen ihnen die Masse der Menschenfreundlichkeit herunterreißen, dann wird dahinter die profitgierige Frage der kapitalistischen Gesellschaft zum Vorschein kommen, die heißt ist, die Schwere der Ausbeutung immer weiter anzuhäufen. Die sozialdemokratischen Parteimitglieder, die Kapitalisten werden auch wieder schwindeln mitmachen. Es gibt nur eine Kraft, die wirklich den Kampf führt gegen dieses brutale kapitalistische System, das Millionen Menschen nicht mehr Arbeit und Brot geben kann. Diese Kraft ist das wertvolle Volk selbst, das unter der Führung der Kommunistischen Partei um sein Leben zu kämpfen muß.

## Wir marschieren!

Das königsberger „Echo des Ostens“, das sich wieder nach übermäßigem Verbot erhebt, berichtet über den glänzenden Vormarsch der roten Einheitsfront in Ostpreußen. Seit Januar wurden dort 2700 Wirtshäuser in die Kommunistische Partei aufgenommen, allein seit dem Verbot des „Echo des Ostens“ wählten 40 Arbeiter ihren Eintritt. Der Parteitag der Ostpreußen der SPD, 34 Reichsbundgruppen, 12 bischöfliche nationalsozialistische Protesten, Neue Ortsgruppen wurden in Königsberg, Popenken, Zimber und Kallen gegründet.

Der Ortsgruppenführer der SPD, Gustav Auf, Auten (Kreis Angermünde) verließ die Partei, der er seit 1918 angehört und erklärte seinen Eintritt in die KPD. Die neugegründete Ortsgruppe Auten hat die Aufnahme von 14 Mitgliedern gemeldet.

## „Auskästen Brünings gleich Null“

(Eig. Draht.) Berlin, 29. August.

Die Waldinger Korrespondenz, die „Tina“ meidet, daß die Interpellation des Reichstages am 28. August, die Zukunft der Reparationen hängt von den Reparationsraten ab und die deutsche Regierung ermatte seine entscheidende Wendung vor Zusammentritt des amerikanischen Bundesparlamentes im Dezember, dem stellvertretenden Staatssekretär Cohn zu Versendung paroliert worden ist. Dieser habe betont, daß Brünning über seinen Stand habe, sich hoffnungsvoll zu äußern. Er glaube, daß die „Auskästen“ etwas Scherzhaftes, die hier von Brünning angedeutet seien, gleich Null seien.

## Wieder ein Nazi-Waffenlager

Wieder einmal wurde dicht vor den Toren Berlins, in Sagenhagen (Kreis Jüterbog-Luckenau) ein Waffenlager bei einem Nachmittagsbesuch entdeckt. Laut amtlichen Bericht wurden bei dem Nationalsozialistischen Krugers am Sagenhagen folgende Waffen entdeckt: 1 Pistole 08 und 20 Schuß Munition, 1 Pistole 7,65 und 7 Schuß Munition, 2 Dolchmesser, 9 verschiedene Seltenesgewehre, 1 Stahlpfeil, 2 Fernglasokulare, 1 Fernrohr, 1 Fernrohr 98, 1 Fernrohr 78, 1 Fernrohr 71 und 1 Antifernrohr.

Verdächtiglich lud man in der kapitalistischen Presse Sensationsmeldungen über dieses Waffenlager. Wenn aber bei einem Arbeiter ein verbotenes Seltenesgewehr aus der Ausrüstung gefunden wird, gibt es keinen Verdacht. Der Arbeiterdick zeigt der neue Waffenfund, daß die Nazis immer noch leben.

## Wenn Berghöhlen Bolistik macht

Die vergnügtesten Stunden besitzen uns immer die „politischen Zeitungen“, die der im jeder Gebiet bekannte „Hölscher“ in seinem „Waldhölchen“ herausgibt. Vorher zum Beispiel erzählt er über die „Waldhölchen“ und stellt in diesem Artikel fest, daß die Kommunisten schon wieder in den „nationalen Einheitsfront“ sind, weil sie auch die „nationalen Einheitsfronten“ propagieren und nunmehr Sowjetland mit Frankreich einen Nichtangriffspakt abgeschlossen habe. Der kleine Witz von Jahr heißt hier, daß „die Berghöhlen“ die KPD keine feine Zensurbehörde haben“. Zu demselben Berghöhlen anmerkt aber auch alles! Er ist vielleicht auch schon dahinter gekommen, daß die KPD eine Sektion der Dritten Internationale ist. Er hat vielleicht auch schon gemerkt, daß in der Sowjetunion zum ersten Male in der Weltgeschichte ein souveränes Volk keine Verfassungen, nicht nach kapitalistischen, sondern nach sozialistischen Grundsätzen aufbaut.

Aber er darf es niemals nicht zugeben, denn sonst müßte er ja keinen anderen Seiten auf der anderen Seite klar machen, warum der Genosse Macdonald in England jetzt mit den englischen Lords, mit den englischen Großindustriellen eine Einheitsfront gebildet hat. Berghöhlen ist sehr dämlich, denn sonst würde er nicht in einer Zeit, wo die SPD die verwerflichsten Pläne gibt, die Erfolge der zwölfjährigen Politik der Macdonald-Regierung herausheben, gleichzeitig eine Notiz bringen unter der Rubrik „Welt ist trübe in Wäldern“, in der er die ungeheuerlichen Forderungen des englischen Imperialismus aufzählt. Wenn das die „Erfolge“ einer Arbeiterregierung nach über zweijähriger Tätigkeit sind, dann werden sich die Arbeiter helfen dafür bewahren. Da, so ist es, wenn Berghöhlen in Zeit Bolistik macht.

## Kampfkongressen wertfaktiger Frauen

Am letzten Sonntag fanden in den Enden Köln, Wiesbaden und Bielefeld Kampfkongresse von wertfaktigen Frauen statt. Unter der Leitung der Teilnehmerinnen wurden, gemeinsam mit den Männern zum Kampf der Arbeiterinnen zu rufen. Eine Entscheidung wurde angenommen, in der die Frauen Erklärung nehmen zur „nationalen Selbsthilfe“, gegen die Kommunisten des Zentrums, der SPD-Führer und der bürgerlichen Parteien. Ein Appell wurde an alle Frauen gerichtet, sich einzusetzen in die große Kampfkongress für Arbeit, Brot und Freiheit.

## Eine Ente geplagt

Ein „Schlaggriff“ der Dresdner Polizei

Nach der letzten Kommunistenparade der Dresdner Polizei wurde in der gelamirten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse mitgeteilt, die Polizei habe eine Tafel mit Aufzeichnungen gefunden, der ein Bürgerkriegsplan der KPD darstelle. Jetzt hat die Dresdner Polizei die Tafel wieder in die Gaskammer zurückgebracht, in der sie verbrannt wurde. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Tafel dem Arbeiter-Verband „Solidarität“ gehörte und eine Zeichnung von Straßenkarten enthält, auf der das Verhalten bei Verfahrordnung gelehrt wird.

## Auf die Blüten geklopft

(Eig. Draht.) Duisburg, 27. August.

Der Kampf und gegen den Nationalismus, den gelten auch in der „Zonhülle“ eine überflüssige Verwirrung und Absicht, hatte hierzu die Führer der KPD in einer Broschüre geladen. Da aus begrifflichen Gründen die Mitglieder diese Broschüre fürchten, organisiert sie, kurz nachdem der Referat des Kampfbundes begonnen hat, die Sprengung der Broschüre. Die Mitglieder wurden aber von den Arbeitern aus dem Saal gestossen, wobei es zahlreiche Verletzte gab.

Um sich für diese Verleumdung zu rächen, überließen die Kampfbund der Verleumdung heimtückende Arbeiter, von denen einige verletzt wurden.

## 11 und 35 Prozent Lohnraub bei den Lausitzer Glasproleten

Die Halbmüller Glasbläserwerke haben Stilllegung des gesamten Betriebs angesetzt. Durch Verhandlungen mit dem regionalen Betriebsrat gelang es, der Glasbläserarbeit die Hälfte des Lohnes, einen Lohnabbau von 11 Prozent durchzusetzen. Obgleich bereits durch die Stilllegung eines Glases circa 90 Arbeiter erwerbslos geworden sind. Den Wählern wurde sogar bis zu 30 Prozent vom Lohn abgezogen. Mit dieser Abmachung geht die Arbeiterpartei immer weiter auf ihrem Weg, der zur Senkung der Glasarbeiter führt.

Auch die Glasbläser Honorarista wird jetzt stillgelegt. In dem trotz sie an den reformistischen Verband haben und verlangt trotz bestehenden Tarifes, daß einige noch eingelagerte Stilllegungen noch aufgearbeitet werden müßten und die Arbeiter in dieser Zeit um 10 Prozent billiger arbeiten. So fanden Verhandlungen statt und die Folge ist, daß wirklich die Arbeiter zu dem von der Partei versprochenen niedrigeren Lohn arbeiten sollen. Diese Abmachung ist ein unerhörter Schand, denn in kurzer Zeit ist die Stilllegung fertig und die dann erwerbslos werdenden Glasarbeiter erhalten infolge des geringeren Verdienstes der letzten Zeit noch eine niedrigere Erwerbslosenunterstützung.

Die Firma Thomas & Co. in Welsau (H.A.Z.) hat die Stilllegung des Glasbläserbetriebes angesetzt. Das mit einer teilweisen Stilllegung des Betriebes verbunden werden kann, nicht nur nicht sein. Verantwortlich sind die Firma die Stilllegung zu einem Schabbau denken. Die Beschäftigten ist etwa 200 Mann hat.

Eine rigorose Kürzung der Beamtengehälter ist durch die preussische Staatsregierung eingeleitet worden.

Dem gealterten Antrag auf Einberufung des Reichstages Landtagsentscheidungen der Reichsversammlung und Reichstag der Landesparlamenten angehängt. Damit ist die erforderliche Zahl der Abgeordneten erreicht, die für einen Einberufungskongress notwendig ist.

Senferlon ist zum offiziellen Führer der Arbeiterpartei in England ernannt worden.

Der Staat Kossifanta hat als erster ein Gesetz angenommen, nach dem im nächsten Jahre der Ausbau von Baumaterialien unterlag; wird.

auf dem  
Soll  
er  
und  
mit  
RI  
ver  
am  
del  
de  
Be  
W  
ho  
in

21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100

# Eine Abfuhr für Polen

Kein Nichtangriffspakt Polen-USSR.

Moskau, 27. August. Die heutige Presse ist zur Veröffentlichung der nachstehenden öffentlichen Erklärung der offiziellen Telegrammagentur der USSR, TASS, ermächtigt: Die Meldung der Telegraphenagentur Havas, daß der polnische Regierung angebotlich im Oktober 1939 ein neuer Vorschlag der Sowjetregierung betreffs Abschließens eines Nichtangriffspaktes zugegangen sei, entspricht keineswegs den Tatsachen. Die Ende des vergangenen Jahres in der Auslandspresse erschienenen ähnlichen Meldungen wurden schon damals von der TASS-Agentur entliehen und demontiert. Es ist selbstverständlich, daß die Sowjetregierung, sofern sie keinen neuen Vorschlag über solche Verhandlungen gemacht hat, auch nicht die Einwilligung der polnischen Regierung zur „unvollständigen Prüfung“ dieses nichterfolgten Vorschlags erhalten konnte.

Die faktische Seite der sowjet-polnischen Verhandlungen über den Nichtangriffspakt, die ausschließlich in den Jahren 1936/27 auf der Grundlage des am 24. August 1926 der polnischen Regierung übergebenen Sowjetentwurfes eines Nichtangriffspaktes geführt wurden und die letztere nicht wieder aufgenommen wurden, sind in dem am 27. August d. J. in der Sowjetpresse veröffentlichten (noch) uns unten wiedergegebenen, 2. Band TASS-Mitteilung ersichtlich dargestellt worden. Was die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Frankreich anbelangt, so wurde von TASS letzenerzeit festgestellt, daß diese Verhandlungen ganz unabhängig von dem Stand der sowjet-polnischen Beziehungen im April d. J. in Paris auf Anregung der französischen Regierung eingeleitet wurden.

Moskau, 27. August. In der polnischen Note an Rußland verbreitet die Telegramm-Agentur der Sowjetunion folgende Mitteilung: Der polnische Gesandte in Warschau am 23. d. M. dem Außenministerium ein Dokument, das ab dem Jahre 1926 vom Sowjetminister Wostoff der polnischen Regierung übergebene Sowjetentwurf eines Nichtangriffspaktes wiederholt. Das Dokument enthält auch eine schriftliche Darstellung der Bedingungen, von denen die polnische Regierung in den Jahren 1926/27 die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion abhängig machte und die die Sowjetregierung als unannehmbar und nicht zum Fortgehen befand. Bekanntlich wurden die Verhandlungen wegen jener Bedingungen im Jahre 1927 abgebrochen und bisher nicht wieder aufgenommen.

Solange die polnische Regierung auf die von ihr gestellten Bedingungen nicht verzichtet und die Sowjetregierung diese nicht annimmt, war auch kein Anlaß gegeben zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Das jetzt von Warschau übermittelte neue Dokument wiederholt, wie oben erwähnt, die gleichen Bedingungen und fügt eine neue hinzu. Das Dokument bezieht somit nicht einen Fortschritt in den polnisch-sowjetischen Verhandlungen, sondern einen Rückschritt. Warschau hat fernerhin bei Überreichung des Dokuments nicht die Wiederaufnahme der Verhandlungen vorgeschlagen und das Dokument als Reimue der Verhandlungen von 1926/27 bezeichnet. Das Dokument hat Warschau am Tage seiner Abreise aus Moskau zu einem längeren Urlaub überreicht.

## Sowjetfeindliche Kriegsmannöver

Stodholm, 28. August. In Schweden werden in der Zeit, nachdem erst kurz vorher die Flottenmanöver in der Ostsee abgeschlossen wurden, umfassende Manöver der verschiedensten Truppenteile stattfinden.

Doch diese umfassenden Kriegsmannöver sind nicht einem gewöhnlichen Herbstmanöver gleichzustellen, denn, wie die sowjetfeindliche große Beteiligung der ausländischen Mächde, Sämtliche Kampftruppen sind durch zahlreiche höhere Offiziere, darunter mehrere Generallieutenants, vertreten. Diese Tatsache beweist, daß das Manöver, das mit einem großangelegten Luftangriff auf Stodholm abgeschlossen werden soll, nur gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

# Blutiges Gemetzel in den Kerkerhöhlen des polnischen Faschismus

Blutiges Gemetzel in den Kerkerhöhlen des polnischen Faschismus

Warschau, 28. August. Es werden jetzt granatvolle Einzelheiten über ein Blutiges Gemetzel bekannt, das die polnische Polizei unter Führung des Gefängnisdirektors Grabowski unter den 1300 politischen Gefangenen im Gefängnis von Grodno am zweiten Tage ihres Hungerstreiks veranfaßte. Einer der Gefangenen, der Arbeiter Stelciz, wurde erwürgt, 4 weitere Gefangenen wurden tödlich verletzt, Dutzende liegen blutüberströmt und schwer verwundet im Spital des Gefängnisses. Um den Protestbedingungen der Arbeiterzeitung zu entsprechen, ließ die Gefängnisverwaltung den zu Tode gepeinigten Arbeiter Stelciz in der Nacht begraben.

Diese diebischen Morde des polnischen Faschismus an den eingekerkerten Revolutionären müssen den energielosen Protest der internationalen Arbeiterklasse herausfordern. Mit diesem beispiellosen Mordterror, der ganz Polen in eine Schale kaiserlicher Anarchie und Terrorismus verwanbelt, versuchen die faschistischen Herrscher blutige die von Tag zu Tag anwachsende Bewegung der Arbeiter- und Bauernmassen und der unterdrückten Nationen zu erstickern. Aber um so härter wird er die Flammen der Massenempörung entfachen, die bereits zu ernsthaften bewaffneten Kämpfen mit der Staatsmacht geführt hat.

Das deutsche Proletariat verpflichtet seinen in schweren Kämpfen stehenden polnischen Klassenbrüdern seine brüderlichste Solidarität.

# Nur der Sozialismus ist Planwirtschaft

Der Fünfjahresplan im Mittelpunkt des Amsterdamer Planwirtschaftskongresses

Amsterdam, 27. August. Hier tagt gegenwärtig ein internationaler Kongreß für Fragen der Planwirtschaft, an dem auch eine Sowjetdelegation teilnimmt.

Im Brennpunkt der Tagung des Kongresses stand die Rede des Führers der Sowjetdelegation, Genosse Ossinski. Alle Delegierten verfolgten mit größter Aufmerksamkeit die Rede, die den Beifall eines erheblichen Teiles der Anwesenden auslöste.

Genosse Ossinski verwies in seiner Rede darauf, daß die Krise, die jetzt die kapitalistische Wirtschaft ins Wanken bringt, nicht etwa ein Zufall ist, der auf gewisse Fehler oder Mängel zurückzuführen wäre. Die Krise ist vielmehr durch das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und der kapitalistischen Wirtschaft bedingt. Seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts bis zum heutigen Tage wird die kapitalistische Wirtschaft periodisch von Schlägen der Industriekrise getroffen.

Die gegenwärtige Krise kann jedoch nicht in einer Reihe mit den früheren Industriekrisen gemindert werden. Das Hauptmerkmal der jetzigen Krise besteht darin, daß die Wirtschaftskrise auf der Grundlage der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems fußt.

Der Kapitalismus ist nicht imstande, die Produktion zu steuern. Er hat sich als ein völlig irrationaler System erwiesen, das die Produktionskräfte hemmt. Wenn der Kapitalismus unfähig ist, gegen die vorhandene Technik vor zu gehen, auszunutzen, ist er ganz unfähig, die Elektrifizierung der Produktion, die Mechanisierung der Landwirtschaft usw. zu gewährleisten. Der Kapitalismus ist ganz unfähig, die Produktion planmäßig zu regeln, er ist ganz unfähig, auf den Verbrauch einzuwirken. Solange Produktion und Verbrauch in ihrer Entwicklung nicht in Einklang gebracht sind, kann die planmäßige Regelung der Wirtschaft immer auf fernem Boden stehen.

Darauf legte Genosse Ossinski, der zwei volle Stunden lang unter gespannter Aufmerksamkeit der Kongreßteilnehmer sprach, eingehend die Grundzüge der Sowjetwirtschaft und der Methoden der Planung des sozialistischen Aufbaus dar und schloß die wichtigsten Errungenschaften und die vor der Sowjetunion stehenden Probleme.

Sodann sprachen auch andere Mitglieder der Sowjetdelegation. Genosse Geller behandelte die sozialistische Konstruktivität der Landwirtschaft. Genosse Krammell sprach über die Arbeit in der Sowjetunion und Genosse Kohn über die „Theorie“ vom „organischen Kapitalismus“ des Amerikaners Lenin. Einen besonders tiefen Eindruck machte der Bericht des Genossen Kamal. Die Diskussion zum Bericht der Sowjetdelegation dauerte bis spät in die Nacht hinein.

Die Ausführungen der Vertreter der Sowjetunion haben auf

die Mehrheit der Anwesenden einen sehr großen Eindruck gemacht, daß selbst die offenen Feinde der Sowjetunion keine Einwendungen zu machen wagten. Der Schweizer Delegierte Dr. Hahn gab eine schriftliche Erklärung ab, in der gesagt wird, daß er niemals von einer Zwangsarbeit in der Sowjetunion gesprochen und daß man ihn falsch verstanden habe. Er ist bereit, durch persönliche Besuche zu verifizieren, daß er ein Freund der Sowjetunion ist.

Der „linke“ Sozialdemokrat Otto Neurath stellte sich auch als ein Freund der Sowjetunion hin und sprach sich ausführlich von den Leistungen der Sowjetunion.

Sämtliche übrigen Redner sprachen über die Bedeutung des Fünfjahresplans und verwiesen darauf, daß dieser in Erfüllung geht, wobei sie die Bedeutung der Errungenschaften in der Sowjetunion, die angefangen mit der kapitalistischen Krise besonders bemerkenswert seien, darlegten. Besonders interessant waren die Ausführungen der beiden Amerikaner Coof und Brades und des deutschen Retirees Wostoff, die vor fingen die Sowjetunion beifällig haben und in ihren Reden über die Ereignisse des sozialistischen Aufbaus zu berichten.

Die Besanconung schloß mit förmlichen Beifallsausdrücken für die Sowjetdelegation. Komms des gelanten Kongresses sprach der Vorsitzende der Sowjetdelegation den Dank dafür aus, daß sie gekommen seien, um über die Erfahrungen in ihrem Land zu berichten.

## Auffstandsversuch in Lissabon

Lissabon, 27. August. In Lissabon und anderen Städten Portugals zeigte sich gestern ein, hauptsächlich von Teilen der Arme, organisierter Auffstandsversuch gegen die faschistische Cernice-Diktatur. Unter der Leitung eines Revolutionärs Komitees erhoben sich Artillerie- und Infanterieregimenter zusammen mit autonömiischen Zivilisten, eroberten mehrere Kasernen und bombardierten das Präsidentenpalais und das Fort San Jorge. Den ganzen Tag tobte in den Straßen Lissabons ein erbitterter Straßenkampf.

Nach neueren Meldungen dauern die Kämpfe noch an. Es sollen auch noch am Donnerstag schwere Kämpfe in Lissabon, wo die Aufständischen mit Kalasern versichert, als auch in Oporto, Coimbra und Setubal stattgefunden haben. Im Gegensatz zu den offiziellen Regierungsmitteilungen lassen die Aufständischen bedeutende Erfolge erzielt haben.

Die Kämpfe sollen bisher 40 Tote und 250 Verwundete gefordert haben.

**ECA DE QUEIROZ Das Verbrechen des Paters Amaro**

Der gute Herrzaun bewegte sich nicht. Er befürchtete das Schlimmste. Schließlich fragte er: „Und spüren Sie diese Schreden, diese Visionen, diese Zweifel schon lange?“ „Immer, Herr Abt, immer!“ Und kennen Sie Personen, die wie Sie den gleichen Störungen unterworfen sind? „Alle Personen meiner Bekanntschaft, alle meine Freundinnen — alle Welt! Der böse Feind pflegt nicht nur mich zu belästigen!“ „Und welches Heilmittel wandten Sie bei diesen Seelen-ängsten an?“ „Ach, Herr Abt! Die Herren Vater in der Stadt, der Herr Pater Amaro, Pater Silvestro, Senhora Guedes — die bestreuen uns sofort von diesen Behagungen — und mit einer Gefährlichkeit, einer Tugend —“ „Der Abt Herrzaun schämte eine Weile. Er löchnte sich taurid jurid und dachte, daß also in der ganzen Welt Tausende von Geisteskranken zu betragen, derartige fiktive Seelen von fremden Seelen zu verbreiten — sie erhalten die Welt der Gläubigen in einer verarmten Angst vor dem Himmel und stellen Gott und die Heiligen als einen Hofstaat dar, der nicht gemein forumpfirt und feineswegs besser regiert ist als der eines Galgala und seiner Freigelassenen!“ Er beachtete, in dieses düstere, fromme Ohr, das ein Hausen von Dämonen bewohnte, ein Licht schienen zu lassen. Darum lagte er der Donna Josepha, daß all ihre Beunruhigungen der gelohnten Fortstellung in behändiger Furcht vor Gottes-Ärgerung entzünden — Gott hersehe nicht als soniger Tyrann, sondern als gültiger Vater. Uns Liebe, nie aber aus Furcht könne man ihm dienen. Mit diese Stempel seien Gefährterungen eines kranken Verstandes. Er rote ihr Gottestrauen und eine fröhliche Ernährung, um vorerst mit ihre Geluntheit wiederherzustellen. Außerdem dürfe sie sich nicht mit übertriebene Gebeten antrengen. „Und wenn ich wiederomme“, meinte er, als er sich verabschiedete, „dann wollen wir weiter darüber reden. Dann tröten wir diese Seele —“ „Danke schön, Herr Abt“, erwiderte die Alte trocken. Als Gertraude ihr nach kurzer Zeit die Steinfurde zum Wärmern der Hände brachte, da lachte Donna Josepha entzückt und betinade weinend: „Ach! Der taugt gar nichts! Taugt gar nichts! Begreift!“

nicht einmal — Er ist ein Dämloch, ein Freigeist, Gertraude! Welch eine Schamlosigkeit für einen Geistlichen Unreze Herrn!“ Amelia drangten die Besuche des Abtes Erholung in ihrer Einseitigkeit. Die Unterhaltungen mit dem Abt, einem unermüdbaren Sprecher, haben ihr ganz andere Wirkung als das oberflächliche Gemüch der Herrin de Alencardes, etwa die vor Abt der Heiligtümer mit Räumen, Reden, Wollstücken, Ohrläutern und dem Lärm der Banarbeit den Menschen erfrisch, der sonst hinter den vier gefallenen Wänden einer Manjare in der Stadt aushalten muß. Sie führten Gespräche miteinander über Gegenstände, wie man sie in den „Wochenblättern für Feiertunden“, im „familiensinn“ oder den „Belehrungen für den Abend“ findet. Diese familiensinnlichen bringen von allem ein wenig: Moralbekenntnisse, Reiselgeschichten, Aneddoten von großen Meisten, Abhandlungen über Landwirtschaft, eigenen guten Will, erhabene Züge aus dem Leben eines Heiligen, hier und dort ein Gedichtchen und sogar Rezepte — und der Abt gab Amelia ein sehr brauchbares, Handbüchlein zu wachen, ohne daß sie einfallen — Einmal machte der Abt ihr die Vorlesung der, die der Dämonen haben, wenn er den Ohrläutern in Weisheit umwanbelt. Dann sprach er von Gefahren und Taten der Missionäre in China. — Als da erzählte Amelia — die ihre mächtigen Schreden gerade mit größter Durchbarkeit erlebte — von dem unerklärlichen Lärm im Hause und von dem jenen Erweisen. „Was! Schämten Sie sich!“, erwiderte lachend der Abt, „eine Dame in ihrem Alter noch Angst vor dem Dämonen!“ „Dann schaute er sie ernst und gültig an: „Liebe Senhora, das sind Einbildungen, die Sie unter allen Umständen niederzulegen müssen! Zweifellos pallierten früher einmal Wunder auf der Welt. Aber Gott verleiht sich nicht hinter Bettmäden, um jemanden bange zu machen, noch erlaubt er, daß es der Teufel tue. Wenn Sie diese Stimmen hören — und wenn Ihre Sünden wirklich so schwer lasten — dann entziehen sie nicht hinter dem Bett, sondern in Ihnen selbst — entziehen vielleicht in Ihrem Gewissen. Sie müssen Ihr Gewissen beruhigen, wenn es nach Ruhe und nach Reinigung verlangt.“ Amelia dachte über die verständigen Worte des Abtes nach. Ein Tagelang. Es war ein so liebliches und heiteres Gesäußern, daß Amelia lächeln mußte: „Es ist eine Wagnis!“ (Vortsetzung folgt.)

# Rund um den Erdball

Aus dem Tagebuch eines Arztes

## Eingriffe trotz § 218

Keine Gesundheitschädigungen — Alle Schichten beteiligt — Ein Dokument gegen § 218

Berlin, 28. August. Einer bürgerlichen Zeitung entnehmen wir das ineressante Verzeichnis eines Arztes, der in einer Kleinstadt von nicht ganz 25 000 Einwohnern praktizierte und alle Behandlungen, die gegen den Schwangerschaften § 218 vertriehen, sorgfältig aufzeichnete.

Eine besondere Bedeutung gewinnen diese Aufzeichnungen, weil sie nicht aus der neuesten Zeit kommen, sondern aus dem Jahre 1927, also noch nicht der Protestkürung gegen den Schwangerschaften § 218 wie heute über Deutschland ging.

564 Frauen kamen zu dem Arzt und verlangten Hilfe. Einem Teil von ihnen konnte der Arzt nicht mehr helfen. Die Schwangerschaft war schon zu weit fortgeschritten. In 426 Frauen nahm er den Eingriff vor. Das waren zum Teil verheiratete Frauen mit zwei, drei, vier Kindern, ja sogar in einigen Frauen mit nicht weniger als neun und zehn Kindern. Viele hatten sich schon öfters einer Operation unterzogen, zum Teil dreimal in einem Jahr.

Nur ausnahmsweise nahm der Arzt den Eingriff ohne Narkose vor. Und es ist ein Zeichen für die Angehörigkeit eines Eingriffs bei schon längerer ärztlicher Behandlung, daß keiner dieser Eingriffe einen unglücklichen Ausgang nahm.

Am meisten interessant ist die soziale Schichtung der Frauen. 98 Patientinnen waren Frauen von Landarbeitern, 61 Frauen von gelernten, 50 von ungelernten Arbeitern und 16 von Erwerbslosen. 51 waren Frauen von Hofbesitzern, 31 von selbständigen Handwerkern, 5 von Angestellten, 12 von mittleren und 4 von unteren Beamten, 4 von akademisch gebildeten Beamten, 8 von Kaufleuten und 2 von selbständigen Gastwirten. Besonders auffällig ist die Beteiligung der Frauen von Reichswehrsoldaten. Von Offizier bis zu den Getreiden und einfachen Soldaten waren 25 Frauen in Behandlung. Von Polizeibeamten waren es dagegen nur 2. Von den unversetzten Patientinnen waren 26 Hausangestellte, 7 Hausdienter und 4 Wirtschaftlerinnen.

Diese Aufzeichnung mag noch genügen, um zu zeigen, daß alle Schichten des Volkes „Verbrecher“ im Sinne der heutigen reaktionären Strafrechts sind. Alle Volksschichten verstoßen gegen den Schwangerschaften § 218, der die Frauen zu Gebärmitteln erniedrigt. Ein Gesetz gegen das Mitleiden verstoßen, ist kein Gesetz mehr. Die herrschende Klasse, die Millionen Menschen verhungern läßt, hat kein Recht, durch ihre Gesetze Frauen zu zwingen, Kinder zu gebären. Unter Kauf muß sich verstanden, verdrängen, verdrängen: Hinweg mit dem Paragraphen § 218!

## Revolutionären Grub der „Kämpferin“

Nach 8 Wochen Verbot ist die „Kämpferin“, das Organ der wehrfähigen Frauen, wieder erschienen. Wie begrüßen dies Sprößling der wehrfähigen Frauen Deutschlands, das stets zum Ausdruck bringt, was die Wehrkraft der proletarischen Frauen denkt und fühlt.

In ihrer ersten Nummer enthält die „Kämpferin“ außerordentlich wichtiges Material über den Kampf der proletarischen Frauen gegen die „nationale Selbstschneidung“.



der deutschen Kapitalisten. Außerdem Berichte über Streiklämpfe, über den heldenhaften Kampf der Frauen beim Wiltiger Metallarbeiterstreik. Ueber die Kongresse der wehrfähigen Frauen, die in der Verbotzeit der „Kämpferin“ stattfanden, wird ausführlich berichtet. (Das hier abgedruckte Bild von einem solchen Kongreß ist in der ersten Nummer der „Kämpferin“ enthalten.)

Zum erstenmal erscheint die „Kämpferin“ im Zeitungsformat und wird dadurch sicher die Wünsche vieler Arbeiterfrauen befriedigen. Recht gut ist es, als Antwort auf das Verbot der „Kämpferin“ in jedem Brief, auf jeder Straßenspitze, in jeder Arbeiterwohnstadt, die „Kämpferin“ zu verteilen und gebrauchten neuer Leserinnen zu gewinnen.

## SPD.-Bürgermeister

wegen Betruges zu Gefängnis verurteilt

Kremerhagen, 27. August. Das Schöffengericht Weismünde hat verurteilt die früheren sozialdemokratischen Finanzamministrator von Weismünde und späteren Bürgermeister Karl Petersen aus Weismünde wegen fortgesetzten Betruges zu 9 Monaten Gefängnis.

Er hatte sich als dritter Bürgermeister von Weismünde handhabend ein Haus gekauft und war dabei finanziell in die Klemme gekommen. Als ehrenamtlicher Bürgermeister fiel es ihm ziemlich leicht, von den verschiedenen Banken der Untermehrerortschaften, vom gemeinnützigen Hausverein und von Geschäftleuten Darlehen aufzunehmen. Er ergatterte so 89 000 Mark.

Als es aus Zurückzahlen der geliehenen Beträge ging, hatte der gute Mann selbstverständlich kein Geld. Einigen zahlte er gar nichts, den anderen nur geringe Beträge zurück. Und als die Wellen der Entrüstung über seinem Haupt zusammenzuschlugen, ist dieser würdige Genosse der Weis und Konfuzien aus dem Amte gegangen worden. Zu allem Überflusse zahlt die Gemeinde dem gerichtsmotorischen Betrüger noch die Hälfte seiner Pension.

## Ist Reins zurechnungsfähig?

Berlin, 28. August. Der stellvertretende Unterstaatssekretär Dr. Heine hat den Gerichtsarzt Dr. Dorenthum beauftragt, ein Gutachten über den Raubmörder Reins zu geben, da Reins möglicherweise erlich belastet und deshalb nicht zurechnungsfähig ist. Wie bekannt, hat sich der Vater seit vielen Jahren in Irrenanstalten auf. Außerdem soll, wie Familienangehörige sagen, Ernst Reins seinen Schwestern böse Gerichten sein.

## Familie stirbt an Pilzvergiftung

Paris, 28. August. In Chateau Thierry haben durch den Genuß giftiger Pilze vier Personen. Eine Frau hatte selbst gesammelte Pilze für sich und ihre Kinder zubereitet. Schon bald nach dem Essen stellten sich die Vergiftungserscheinungen bei sämtlichen Familienangehörigen ein. Bevor Hilfe gebracht werden konnte, starben die Frau, ihre 12jährige Tochter und der 14jährige Sohn unter qualvollen Qualen. Ein jüngerer Sohn starb aus Gram. Mehrere Kinder liegen in Lebensgefahr im Krankenhaus. Angehörige dieses bedauerlichen Vorfalles eine ernste Mahnung: Hüte euch vor giftigen Pilzen!

## Das Wasser explodiert

Das Spiel mit Karbid und Streichhölzern

Kudernach, 28. August. Ein hiesiger Einwohner war eine mit Karbid gefüllte Büchse in einem Kanal, um die Fische zu vernichten. Als sein Sohn ein brennendes Streichholz nachwarf, erfolgte eine gewaltige Explosion, begleitet von einer Stichflamme. Die umstehenden Kinder wurden zehn Meter in den benachbarten Garten geschleudert. Der Mann, sein Sohn und fünf weitere Kinder wurden verletzt. Ein Kind mußte mit schweren Brandwunden, lebensgefährlich verletzt, ins Krankenhaus gebracht werden.

Verantwortlich: Wilhelm Baumann, Berlin.

## Todesstrafen in Prenzlau beantragt

„Beweise“ und Aussagen — Die Schuld des Strafvolzugs — Sehnsucht nach Freiheit

Prenzlau, 28. August. Der Oberstaatsanwalt forderte heute den Kopf der beiden ehemaligen Strafgefangenen Heinrich Pilgram und Anton Potodki, die, um sich aus dem Gefängnis zu befreien, am 17. April den Strafvollzugsamtschef Neubauer überfallen und erschossen. Wegen Mordes in Tateinheit mit Meuterei beantragte er die Todesstrafe und wegen Diebstahls und unbedenklichen Wollensbüßes je 1 1/2 Jahr Zuchthaus.

Der Wachmeister Neubauer ist ein Opfer seines Berufes geworden. Unter dem Witzgriff der beiden Gefangenen, die nichts mehr ersehnten als die Freiheit, fand er einen qualvollen Tod. In seiner Nacht wurde der Strafvolzugs zweimal verantwortlich für den Tod des Wachmeisters Neubauer, der als Nachtwache allein über 100 Strafgefangene zu betreuen hatte; das zweite Mal für die Tat der beiden Strafgefangenen, die sich nicht hätten zu dieser grauenvollen Mordtat

hinzureihen lassen, wenn nicht die Trostlosigkeit des Gefängnisses jedes menschliche Gefühl tötete bis auf eines: Die Sehnsucht nach der Freiheit.

Nur wenige Tage genossen die Mörder die Freiheit. Gehet und verfolgt, die gelagte Wild, trieben sie sich in den Wäldern und Sümpfen herum und wagten sich nicht an menschliche Behausungen heran, aus Angst, ergriffen und wieder gefangen gesetzt zu werden. Und trotzdem wurden sie eingekerkert. Sie werden nun wahrscheinlich nie mehr das Licht der Freiheit erblicken. Die Lebenslänglichkeit wird das Gefängnis ihr Aufenthalt sein.

Zwei Tage haben sie vor dem Richter. Sie bedürfte keiner langen Verhandlungen. Pilgram gestand die Tat ein. Bonaldi leugnete, beteiligte jedoch zu sein und die Missetat gehabt zu haben, den Wachmeister zu töten. Wer glaubt einem polnischen Schmitzer? Für den Staatsanwalt und das Gericht liegen die „Beweise“ klar auf der Hand.

## Schwerer Fall von Brandstiftung

Kremsdörfer, 28. August. In der Nacht zum Freitag wurden in der Ortschaft Gräpel durch Sprengstoffanschläge innerhalb einer Stunde vier Wohnhäuser mit großen Entwertern niedergebrennt. Noch während die Feuerwehre den ersten Brand löschte, ging eine etwa 200 Meter entfernte Scheune in Flammen auf. Die Entwerter rüde und 30 Schweine verbrannten. Wenige Minuten später fand eine dritte Scheune unter heftigen Detonationen in Flammen. Die wachsende Erregung der Bevölkerung erreichte ihren Höhepunkt, als bald darauf die vierte Scheune ein Opfer der Flammen wurde. Randjäger und Staatsanwaltschaft erließen sofort an der Brandstelle, um die Verfolgung der Täter dieser offenbar planmäßig organisierten Brandstiftung aufzunehmen. Bis hierher von den Tätern noch jede Spur.

## Wer ist die Tote von Spandau?

Berlin, 28. August. Die Mordkommission ist immer noch bemüht, die unbekanntes Ermordete, deren Kopf in der verpackten Kiste in Spandau aus dem Wasser gezogen wurde, zu identifizieren. Schon über 100 Zeugen haben sich gefunden, aber keine Aussage führte auf eine wirkliche Spur. Viele dieser Zeugen erkannten in den Photographien „bestimmte“ ihren vermissten Familienangehörigen. Und wenn dann die Kriminalpolizei dieser Spur nachging, fand sie die „Tote“ bei bester Gesundheit. So hatte die Kriminalpolizei gestern vier „Tote“ ermittelt.

## Schiekwürige Offiziere

Sendbrun, 28. August. Am Donnerstagabend kam es zu einer wilden Schießerei zweier angetrunkenen Littaufischer Offiziere. Als sie mit zwei littaufischen Zivilpersonen das Hotel Kaiserhof betreten wollten, kam ihnen der Hund des Hotelbesitzers entgegen. Der Oberleutnant Kometenclaus zog seine Pistole und schloß auf den Jagdhund, der laut heulend wegging und bald darauf verendete. Dann gingen die vier ins Hotel, bedrohten mit gegangenen Revolver die Gäste und schloßen hinterrücks drauß los. Der Hotelbesitzer wurde durch Streifschuß am linken Oberschenkel verletzt.

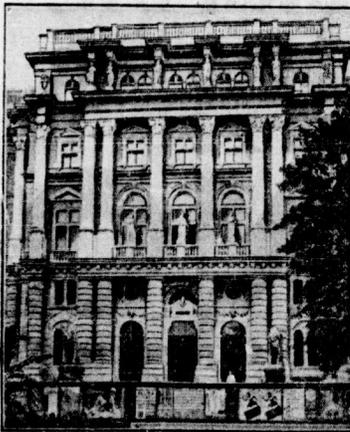
## Zwei Arbeiter ertrunken

Deutsch-Krone, 28. August. Vier Arbeitslose wollten in einem für zwei Personen bestimmtes Fischerboot den Stabiger See überqueren. Durch die Ueberladung kenterte das Boot und die vier Insassen stießen ins Wasser. Während sich zwei von ihnen schwimmend ans Land retten konnten, ertranken die beiden anderen.

## Wieder Heberl auf einen Gelddiebstahler

Breslau, 28. August. Am Mittwochvormittag wurde im Gartenhaus des Grundbesitzes Auguststr. 150 ein Gelddiebstahler von zwei Männern im Alter von etwa 25 bis 30 Jahren überfallen. Er erhielt mit einem Hammer einen Schlag auf den Hinterkopf, der aber durch die Woge abgeschwächt wurde. Da der Beamte sofort um Hilfe rief und sich mit seinem Schlagring zur Wehr setzte, ergriffen die Täter die Flucht und konnten leicht entkommen.

Die beiden Verbrecher mochten seit einigen Tagen unangenehm im Gartenhaus. Der eine von ihnen, der sich Wils nannte, sollte durch den Gelddiebstahler eine Kadavere von einigen Wirt ausgehört erhalten.



Der Wiener Justizpalast, der im Juli 1927 von empörrten Arbeitern in Brand gesteckt wurde, ist jetzt in alter Pracht wieder aufgebaut worden.

# Aus der Arbeit der R.G.O.

## Der Sonntag vormittag

Kollege von der RGO, erheißt von dir ein paar Stunden Arbeit für deine revolutionäre Sache. Betriebsfunktionär, du mußt morgen deiner Kollegen ausweichen, der an der gleichen Werkbank steht wie du, der den gleichen Hunger hat wie du und der auch kämpfen wird wie du. Sprich mit ihm, sprich mit seiner Frau und mache sie zur Leiterin des „Kloßentamp“. Am Vormittag tanzt du mehrere Kollegen ausweichen und am Montag meldest du deiner Betriebsgruppe und diese meldet uns die Erfolge

## der „Klassenkampf“-Werbung

### Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Bergbau

Der Kampf um die Siebenstundenschicht  
Von Guitao Sobotta.

Am 30. September läuft im Ruhrgebiet und Ende Oktober in Ostpreußen und anderen deutschen Bergrevieren das Mehrarbeitsabkommen ab. Ab 1. Oktober tritt im Ruhrgebiet automatisch die Siebenstundenschicht ein. Bereits im Oktober des vorigen Jahres und im April dieses Jahres war das seit dem Jahre 1922 immer wieder und auch bei den letzten Abwälen durch Schiedsprücher verlängerte Mehrarbeitsabkommen abgelaufen. Angelehnt an im April erteilten Arbeitsverträge im Bergbau erklärten die reformistischen und christlichen Bergarbeiterführer, daß ein neues Abkommen nicht mehr in Frage komme, da nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit für die erwerbsfähigen Bergarbeiter Arbeitsplätze geschaffen werden und auch weitere Bergarbeiter-Einstellungen verhindert werden könnten. Als der Schlichter durch Schiedsprücher das Mehrarbeitsabkommen verlängerte, erklärten die christlichen und sozialdemokratischen Bürokraten, daß man dagegen nichts machen könnte — aber die Center Verhandlungen über die internationale Einführung der Siebenstundenschicht ständen ja bevor. Wenn diese Verhandlungen stattgefunden hätten und die Arbeitszeit international geregelt sei, dann sei der Zeitpunkt da und die Bergarbeiter erhielten wieder ihre Siebenstundenschicht.

Nun haben die Center Verhandlungen stattgefunden. Der große internationale reformistische Schwindel mit der Einführung der Siebenstundenschicht ist vorüber. Er hat allen Bergarbeitern gezeigt, daß vom Völkerverbund und seinen internationalen Arbeitsamt keine Siebenstundenschicht zu erwarten ist, daß die Forderung nach mehr und besserer Arbeit, damit die Hunderttausende von arbeitslosen Bergarbeitern wieder in Arbeit kommen und nicht noch weitere Jahntausende auf die Straße fliegen.

Nun rückt der 1. Oktober in diesem Jahr heran. Der Bergarbeiterverband und der christliche Gewerksverein veründen in der Presse, daß sie das Mehrarbeitsabkommen kündigen werden, um die Siebenstundenschicht einzuführen. Die Funktionäre und Mitglieder dieser beiden Verbände erklären überall, daß jetzt unter allen Umständen nur ein Siebenstundenschicht-Schluß gemacht werden muß. Das sind Besenstiele, aber ohne jeden Wert, wenn dahinter nicht die Entlohnungsfrage und der Wille steht, auch im Streit oder durch Auslastung nach sieben Stunden ab 1. Oktober die Siebenstundenschicht zu erzwingen und gegen einen Schiedspruch eines Schlichters und auch die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers. Die reformistische und christliche Bürokratie erhebt die Forderung nach Siebenstundenschicht. Sie kündigt das Mehrarbeitsabkommen, weil sie sich auf den Schlichter und die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers verläßt. Diese lassen ihr ja die Hintertür offen, nach föllen eines Schiedspruches und seiner Verbindlichkeitsklärung zu liegen, ja, man können mit nichts machen, mit müssen züchten, um beim nächsten Termin den „Kampf“ weiterzuführen.

Die Bürokratie hat allen Verbänden und den christlichen Gewerksvereinen weiß gemacht, daß die Grubenherren und die reaktionäre Regierung nicht eine Minute Arbeitszeitverkürzung im Bergbau freiwillig zugeben werden. Das haben sie noch in Gent mit ihrer Unfähigkeit betont. Deshalb ist das Vorgehen der Bürokratie, die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens und die radikalen Forderungen nur ein Manöver zur Täuschung der Bergarbeiter.

Die christlichen und auch sozialdemokratischen Arbeiter sollten aber keine Manöver, sondern ihr im gewiß, daß sie endlich die Sie-

### Gemeldearbeiter erkennen?

## Die Bonzen fürchten den Streit

Klmomehr wird seine Notwendigkeit zur Abwehr des Lohnabbaues bewiesen

H. R. Herr Ferchlant, Vorse des Gesamverbandes von Halle, das „Gift im Kaffee“, wie ihn die Proleten der städtischen Betriebe nennen, hat einen „Kloßentamp“-Artikel insgesamlt unter der Spitzmarke „Mißerfolg kommunistischer Streikführer in der Hallischen Gemeindebetrieben“. Ein armloses Mädel, diese Schmezerei. Bedauernswert sind die „Kloßentamp“-Leier, die das noch für ihre Wünze nehmen, was ein politischer Jargonist ihnen in zwei Spalten vorliest.

„Ein kommunistischer „Stoßtrup“ wäre in der Tiefbauarbeiter-Versammlung gewesen. Er habe sich hindelndrängend unter „Beschneidung der Richtigungsfrist zum Betrieb“ die Genossen Freisch und Kühn hind allso „Stoßtrupps“, denn außer den beiden war keiner anwesend, der nicht zum Betrieb gehörte. Genosse Freisch war zugegen in seiner Eigenschaft als kommunistischer Stadtratsmitglied, Genosse Kühn als Vertreter des Bezirkskomitees der RGO und die Verlesung hat die Ausföhrungen der beiden begründet und unterbrochen.“

Ein sozialdemokratischer Kollege war es, der es ausdrücklich bezeugt, daß von der SPD-Stadtratsdeputation niemand zu gegen sei und er erklärt, daß er bisher die Gewerkschaften hochgehalten habe, aber jetzt habe er den Schwanten an sie verloren: „Das fäherst du, Herr Herr Ferchlant“, nicht in keinem „Kloßentamp“. Er verweigert auch weiter, daß der Vertreter der RGO lebhaften Beifall erteilte, während seine Ausföhrungen immer wieder in Zwischenrufen untergingen. Die „Schmezereien“. „Du fäherst ja deinen Schmutz für dich behalten, du Gift in unterm Kaffee“, gibt er im „Kloßentamp“ auch nicht wieder. Verstimmt schreit er ab.

„Auch fand eine Abstimmung über die Frage der verkürzten Arbeitszeit statt. Es soll lediglich verkürzt werden, durch Verhandlungen mit der Behörde zu erreichen, daß die Zeit der Arbeitszeitverkürzung nicht von der Belegfähigkeit des Tiefbauamtes allein getragen wird.“

Warum fand denn die Abstimmung nicht statt? Weil die

## Mobilisiert die Gemeindebetriebe im gesamten Bezirk!

Zur Abwehr des Lohnabbaues an den Gemeindearbeitern, der nach dem Willen der Verbandsbürokratie stappweise durchgeführt werden soll, sind die aktiven Mobilisierungsmaßnahmen sämtlicher Gemeindebetriebe erforderlich. Wählt in allen Betrieben Kampfausschüsse. Handelt überall der Situation entsprechend. Zur allgemeinen Verbreiterung der Kampf, daßs findet am 1. September in Halle, Kopal, „Goldene Seite“, Alter Markt, eine Betriebsraterversammlung für sämtliche Gemeindebetriebe statt. Alle Betriebsräte müssen daran teilnehmen und ihre Vorkämpfer vertreten.

Bezirkskomitee der RGO  
Industriergemeinde und Verkehr.

benstundenschicht wollen. Auch die christlichen und sozialdemokratischen Arbeiter sehen, wie an jedem 1. und 15. eines jeden Monats fünfzig, hundert und noch mehr Kameraden auf die Straße fliegen, ja, wie jetzt auf den Kruppligen und anderen Schächten mehrere hundert auf einmal ins Meer der Grubenabfälle geföhren werden. Feiner, der heute noch Arbeit hat, er gewiß, ob er sie morgen noch haben wird. Er kann noch so ein tüchtiger Arbeiter, noch so ein guter Christ sein, so braucht er nur morgen krank zu werden und er hat acht Tage später im Kranenhaus die Papiere, um wie wieder Arbeit im Bergbau zu erhalten. Dieser Zustand ist unhaltbar, das weiß ein jeder christliche und sozialdemokratische Kamerad. Deshalb muß er

## RGO-Jugend-Wanderung

Die RGO-Jugend von Halle unternimmt am Sonntag, dem 30. August 1931, eine Betriebswanderung nach der Heurau. Abwärtig früh 7 Uhr vom Rannischen Platz. Rückkehr 19 Uhr.

Arbeiter ihm die Zettel vor die Beine warfen mit den Aufsatz „Stieb aus mit deinen Wüßchen von Halle!“ Der Magistat kann aus dem Handel herausgerissen! Die werden selbst handeln!

Ferner ist es eine Tatsache, daß der Betriebsratsvorsitzende nicht über den Antrag: 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich abstimmen ließ, den ein Arbeitskollege eingebracht hat. Absoluter Schwindel ist es, daß Ferchlant beauftragt wurde, neue Verhandlungen mit der Behörde zu erreichen, damit die Zeit der Arbeitszeitverkürzung „nicht allein“ von der Belegfähigkeit getragen wird. Demnach will wohl die Belegfähigkeit etwas nennon mit tragen? Die Proleten die Hälfte der Magistat die Hälfte? Oh, so ein Demagogentüchlein ist wirklich noch nicht dagewesen.

Warum ist auch dieser Vorse Ferchlant auf einmal so befehdet worden, daß er schreibt: „Mir verjagen es uns, in diesem Zusammenhang auf die vielen Unmährheiten hinzuweisen, die der „Kloßentamp“-Stoßtrupführer Kühn zum Zwecke der Einleitung der Belegfähigkeit angedrängt hatte.“

Die Trauben sind wohl zu sauer, Herr Ferchlant? Aber die Tiefbauarbeiter eintreten wollen, das müssen die Proleten selbst am besten. Der würdige Vertreter des Gesamverbandes hat es nicht fertig gebracht, in seinen Schlußausföhrungen auch nur ein Argument des Vertreters der RGO zu widerlegen.

Riebeckhoff wurde von Tiefbauarbeitern der Streit als ein allgemeines Kampfmittel erklärt und weitere Mobilisierungsmaßnahmen in den gesamten Stadt. Betrieben geföhrt.

Von „Isamloren kommunistischen Treibereien“ schreibt Herr Ferchlant. Von Isamloren, gemeinem Verzet der Bonzen sprechen die Proleten!

Die Bonzen tun alles, um den Lohnabbau an den Gemeindearbeitern durchzuführen. Die RGO tut alles, den Lohnabbau abzuwehren!

Die Gewerkschaftsbürokratie fürchtet einen Streit, genau so wie ihn der Hallische Magistat fürchtet. Ferchlant ist der Beauftragte des Magistats. Er ist der Epion der Unternehmerverbände im Lager der Arbeiterschaft! Gegen den Lohnabbau kämpfen, heißt, gegen Ferchlant und Konjunktoren kämpfen. Es stehen die Fragen und nicht anders.

Die RGO, gegen die Vorse Ferchlant in eine nichterbärtliche Pose macht, und deren Funktionäre er der Kollater zu heißen Anzugenheinnahme empfiehlt, wird sich seinen lassen von den Interessen der ausgebeuteten Proletariat. Und überall gart es in den städtischen Betrieben von Halle. Ein Straßenhändler erklärte: „Wenn wir nur wüßten, wie wir es richtig anpacken können, dann wollten wir den Herrschaften, die uns den Lohn abbauen wollen, schon die Zähne zeigen. Wir müßen nicht, wir mit die Mieten bezahlen können. Die Kollegen haben bei uns so die Nase voll, daß Ferchlant seine Verbandswörter kienemals abhören lassen kann.“

Die RGO wird den Gemeindearbeitern zeigen, wie sie es „richtig anpacken“ können. Komenden Wintwuch findet eine allgemeine Gemeindearbeiterversammlung der Arbeiter sämtlicher städtischen Betriebe statt. (Kopal wird noch bekanntgegeben.) Die Mobilisierungsarbeiten werden mit aller Kraft betrieben.

aber auch erkennen, daß die Manöver der christlichen und reformistischen Bergarbeiterführer ihm nichts nützen können und werden, sondern daß es nur einen Weg gibt, das ist der Weg, die Siebenstundenschicht im Kampf zu erzwingen, die durch Streit oder Auslastung nach sieben Stunden am 1. Oktober zu erzwingen.

Die Schachgruppen des EHD müßen sofort Stellung nehmen, Belegfähigkeitsverhandlungen einzuberufen und eine breite Einheitsfront auch mit den christlichen und den Bergarbeitern. Die noch in den Reihen des alten Verbandes organisiert sind, die aber willens sind, den Kampf um die Siebenstundenschicht ohne Kürtzung der Löhne zu führen, herstellen. In dreier Einheitsfront zum Kampf müßen die Belegfähigen beizutreten: Am 1. Oktober Siebenstundenschicht und feinen Hadenclag mehr.

Reiseliche Garten. Sonntag, den 30. August, 16 und 20 Uhr, Konzert. Große Wägenmusik.  
Tiefbauarbeiter. Verlaumen Sie nicht die letzten Wägenmusik-Vorstellungen zum Sehen und Hören! Sonntag, 16 und 20 Uhr, 20 Uhr, 20 Uhr, Montag, 16 und 20 Uhr, 20 Uhr, 16 Uhr ganz kleine Preise 0,20—1,20. Große Wägenmusik.

Für den Sommer

Reisen
Baden
Wandern
Wochenende

<p><b>Wochenende</b></p> <p><b>Burginne Schönburg</b> Beliebtes Bad für Familien, Hoch- und Wasseranlässe. Mäßige Preise für Speisen und Getränke.</p> <p><b>Nur zum Merseburger Raben</b> Neumarkt 76</p>	<p><b>Oeblistschleuse</b> Beliebtes Ausflugsgelände — empfiehlt seine Lokalitäten der gesamten Arbeiterschaft</p> <p><b>Caöllenhöhe Neutlemmigen</b> Beliebter Ausflugsort für Räder und Reiter</p>	<p><b>„Herrenberg“ Weidenfels</b> Gartenlokal, 20 Minuten von der Bahn / Beliebtetes Ausflugsgelände / Bekannt gute Küche und Keller</p> <p><b>Zum Rektorberg Bad Kösen</b> Beliebtes Ausflugsgelände / Mäßige Preise</p>	<p><b>Baden</b></p> <p><b>Schillers Garten, Heide</b> Jeden Sonntag von 7—9 Uhr Frühkonzert Regelmäßig Mittwoch-Donnerstag nachw. Konz.</p>
<p><b>Reisen</b></p> <p><b>„Hainberg“ Leisling a. S.</b> Beliebtes Ausflugsgelände / Empfehlenswertes Esszimmer / Zuerkannter Tisch u. bestmögliche Getränke</p> <p><b>Restaurant zum „Alten Fritz“</b> Joh. G. Fritz, Oberstraße 61a, 18 Zugunterm. Familienlokal H. Bier und prima Küche</p>	<p><b>„Gasthaus Leisling“</b> Jahres: 20. Gedenkjahr empfiehlt seine Lokalitäten bei Ausflügen der gesamten Arbeiterschaft</p> <p><b>Gassthaus „Zur Erholung“</b> Ploemingen / Haunberg Saale Land Ausflugsort / 7. Küche u. Keller</p>	<p>Ein gutes Glas Bier und einen guten Kappen erhalten Sie in der</p> <p><b>Bierschwemme Riebeck-Bräu</b> am Riebeckplatz o. Halle</p>	<p><b>Wandern</b></p> <p><b>Wo</b> in Halle verleiht man die angenehmsten u. gemüthlichsten Stunden? Im Cafe Freischütz, Inh. H. Hartung, Kl. Ulrichstr. 28</p>

Ihr Wochenend-Ausflug wird zum Genuß mit einem Viktoria- oder Triumph-Motorrad  
Paul Krause, Halle a. S., Geiststr. 39







# Die SPD-Arbeiterverräter von 1918/1919

- auch heute die gemeinsten Hetzer gegen die Kommunistische Partei



Ein Plakat von dem Jahre 1919

„Kommunistische Verbrecher, die ihr eigenes Verbot propagieren und Menschenopfer zu Propagandazwecken gebrauchen; bolschewistische Hochstapler, die mit den Faschisten gemeinsame Sache machen und Deutschlands Proletariat in das Verderben stürzen wollen“ — so brüllte das „Vorwärts“ und mit ihm die gesamte sozialdemokratische Presse unter dem johlenden Beifall der Reaktion.

## Das „Volksblatt“ . . .

„Neue Staatskund der SPD. Die zu den Faschisten hingewegeworfene SPD veranstaltete eine sogenannte Antifaschistische Kampagne, die von vornherein darauf angelegt war, der bolschewistischen Agitation neues Material, d. h. wenn möglich Leichen zu beschaffen. . . Kommunistische Hilfsaktion für Siegfried, Antifaschistische als Bürgerkriegsmanöver. Kommunisten propagieren in Berlin, Halle und anderen Städten blutige Schlägereien. . . Jenes Gesindel zwischen 18 und 19 Jahren, das heute die Straßen zu beherrschenden verjagt. Im JZ der SPD spielen gewissenlose Faschisten eine Rolle. . . Vielen Faschisten ist das Leben eines Faschisten Kulis ebenso gleichgültig wie das Leben deutscher Arbeiter“ — so brüllte das rechte „Volksblatt“ und seine Kopfbüchler.

## Der „Volksbote“ . . .

„Kommunistische Blätter. . . Die SPD-Zentrale braucht Opfer. . . Die SPD propagiert in Halle Zusammenkünfte. . . Heber die Blutopfer des Faschismus, aber mihandelt Proletariat, geschändete Frauen. . . schlägt Tschinn ein in die blutbesudelte Bruderhand der Faschisten“ — ist der „linke“, „Volksbote“ bewußt, das rechte „Volksblatt“ zu übertrumpfen und dem Willen des SPD-Parteivorstandes nachzukommen.

## Verteidigt eure Partei und Presse!

Wehr als einmal schon hezten die SPD-Führer die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter gegen die revolutionären Kämpfer an. Wehr als einmal schon verführten sie mit ihrer Propaganda auf den Leibern gemordeter Klassenkämpfer die Bourgeoisie vor dem Untergang zu retten. 1918/19 war es, als sie die weißen Wunden gegen das Proletariat bewaffneten, aus denen die heutigen Mordfabriken der Faschisten emporwuchsen. In schreienden Plakaten veranfaßten sie ihre Propaganda gegen die kämpfenden Arbeiter und deren Führer. SPD- und christliche Arbeiter, denkt daran. Laßt euch nicht aufheben von jenen, die mit der Verfolgung der SPD, ihrer Führer und Mitglieder abermals die herrschende Klasse vor dem Untergang retten wollen! Verteidigt die SPD und ihres Preiselobenden Kämpfer des Kommunismus.

# Vorbereitung des Sozialistengesetzes

Das Vorbild für die Verbotshetze von heute

„Erfolglos des blutdürstigen Gewehrs der Bourgeoisie und ihres Diktators ist es nicht uninteressant, in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung um einige Jahrzehnte zurückzublicken.“

Rolf May prägte in seinem „18. Brummois des Louis Bonaparte“ den Satz, daß sich alle in der Geschichte wiederholen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Komödie.

Und auch die heutige Verbotshetze hat in der Geschichte bereits ihr Vorbild gehabt. Damals richteten sich die infamen Verleumdungen der Bürgerpresse und des Bismarckischen Staatsapparates gegen die revolutionäre Sozialdemokratische Partei, mit der die heutige SPD rein gar nichts mehr zu tun hat, nur noch den alten Namen trägt.

Am 11. Mai 1878 gab der Reichspräsident Hübner in Berlin Unter den Linden ein Gesetz in Kraft, als gerade der Kaiser in einer offenen Kutsche nach Berlin. Am gleichen Tage noch telegraphisch Bismarck nach Berlin:

### „Ausnahmegesetz gegen Sozialdemokratie“

Und obwohl einmündig ermielt war, daß Hübner nichts mit der Sozialdemokratischen Partei zu tun hatte, wurden die Sozialdemokraten für diese Zeit eines zeitlich und räumlich zerrütteten Reichstages verurteilt, in der öffentlichen Meinung, in der Öffentlichkeit.

„Ermächtigung für ein Verbot der revolutionären Klassenpartei vorzubereiten. Was Bismarck in jenen Tagen noch nicht gelang, das sollte kaum einen Monat später das Väterparlament eines besessenen bürgerlichen Intellektuellen, des Dr. Carl Schilling, erreichen. Dieses Väterparlament war dem unmittelbaren vorgegebenen Willen für das Sozialistengesetz, das die völlige Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Deutschland bringen sollte.“

So am an Erscheinungen ist die herrschende Klasse in Deutschland, daß sie heute, über 90 Jahre später, nicht einmal ein anderes Mittel gefunden hat, um den Völkern die Verdrängung der kommunistischen Partei vorzubereiten. Aber was Bismarck nicht gelungen ist, das wird den Herren des heutigen Deutschlands ebenfalls gelingen. Das verächtliche Wort streift die Arbeit und die mächtigen Hintergründe der infamen Verleumdungen, die man gegen die Kommunistische Partei zu schleudern versucht.

## Netzdokumente 1898

Wie im September 1898 auf die Kaiserin von Österreich anlässlich ihres Besuchs in Wien ein Antrag erfolgte, fanden die Großindustriellen eine Rundgebung an die Kaiserin, in der sie das schärfste Vorgehen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung forderten. Wir veröffentlichten nachstehend dieses Dokument und stellen dem gegenüber die Verbotshetze, die heute gegen die Kommunistische Partei unternommen wird. Aber wird die eigentliche Schändlichkeit der Dokumente von 1898 mit denen von 1961 leicht erkennen.

Die Rundgebung der Industriellen an die Kaiserin von Österreich lautete:

„Die fürchterliche Tat, welcher Ihre Majestät, die Kaiserin von Österreich, zum Opfer gefallen ist, ist ein erschütterndes neues Beispiel für die Ziele des Anarchismus und der in diesem führenden Schreckens. In unerträglichen Versehen hat Euer Majestät Kraft und Weisheit werden wir alle bierigen Maßnahmen nachdrücklich fordern und unterstützen, welche Euer Majestät zur Unterdrückung der verheerenden Ziele eines gewissenlosen Fanatismus und der Wurzelerhaltung der bedrohten Autorität des Staates für gut erachten werden.“

„In höchster Eile zu befehlen.“

## Netzdokumente 1931

„Das „Körniger Angebots“ hat im Zusammenhang mit den politischen Unternehmungen über den Umfang der kommunikativen Bürgerkriegsvorbereitungen einen Sonderdruck erscheinen lassen, in dem ausführliche Angaben über eine geheime bolschewistische Zusammenkunft gemacht werden, die von einigen Tagen bei Berlin stattgefunden hat und bei der Vorbereitungen für den

bolschewistischen Umsturz getroffen worden sind, wie sie bisher wohl noch niemals in Deutschland nachweisbar gewesen sind.“

(„Zeitung für die Arbeiter“, vom 27. August 1931.)

„Nach ihren Beobachtungen und Ermittlungen ist die Polizei überzeugt, daß der verbotene Rotfrontkämpferbund insofern weiter besteht, als im Gegensatz zu seiner Tätigkeit vor dem Verbot keine Mitglieder sein militärisch zu einer Mordanschlagsorganisation ausbildet.“

(„Vorwärts“, vom 10. August 1931.)

„Dah kommunistische Terrorgruppen überall gegen Polizeibeamte eingeleitet worden sind, ist ermielt.“

(„Volksblatt“, vom 27. August 1931.)

## Und doch schlatternde Angst!

Als der Schrei nach einem allgemeinen Verbot der kommunistischen Partei in den ersten Tagen nach dem 9. August am lautesten war, da schrieb der „Drummecker General“:

# „Legt den Namen Sozialisten ab!“

Ein vernichtendes Urteil der Nordhäuser SPD-„Volkszeitung“ über die SPD-Politik — 1919 geschrieben, heute gültiger denn je!



Wie die offizielle Politik des SPD-Parteivorstandes einstmals von der eigenen Parteigenossen der SPD beurteilt wurde, sei an einem Auszug aus der „Nordhäuser Volkszeitung“ vom 17. Januar 1919 gezeigt. Wird zunächst auf die Notverordnung waren wir gewöhnlich, besonders scharfe Urteile wegzuwerfen.

„Entschigt eure Säupter, Proletariat, laßt eure Frauen, Sozialisten! Geht, Kretz! Die Kretz und Rosa Luxemburg die letzte Zeit zu ermöhen!“

Geht und laßt liegen sie heute in den Straßen Berlins, gemordet von der Soldatensold der Regierung Ebert-Scheidemann-Hohe, einer Regierung, die es immer noch wagt, sich eine sozialistische zu nennen. Legt den Namen Sozialisten ab,

angeiger, ein sehr ernst zu nehmendes Organ der westdeutschen Schwerindustrie:

„Das politische Verbot des Rotfrontkämpferbundes hat seinen vollen Erfolg gehabt, denn der Bund besteht weiter, wie die Polizei und die Kommunisten einseitig behaupten und behaupten. Wie hätten denn (bei einem Verbot der SPD, Die Reb.) ein nicht mehr laßbares anarchisches Element im Lande . . .“

„In diesem Zusammenhang möchten wir auch an die Erfahrungen des Kaiserreichs mit dem Sozialistengesetz erinnern. Das Bismarckische Gesetz, das die Sozialdemokratie förmlich treffen sollte, hat für sie einen ungeheuren propagandistischen Erfolg gebracht, hat ihr einen Mehrwert gegeben, vor dem die ganze Kaiserherrlichkeit existierte . . .“

„Daß in der kommunistischen Bewegung die revolutionären Tendenzen des Proletariats ihr einziges Instrument besitzen, ist nicht zu bezweifeln. Denn die SPD ist nicht mehr als eine revolutionäre Partei anzusehen. . . Das Proletariat ist die mächtigste soziale Schicht in Deutschland. Die revolutionäre Tendenz, durch die ganze nun fast hundert Jahre alte Tradition fest eingewurzelt. Die Homogenität der sozialen Lage der Mitglieder und die Einheitlichkeit der politischen Willensrichtung, die auch im bolschewistischen Vorbild immer wieder Nachahmung findet, das alles sind Tendenzen, die durch ein Verbot nicht aufgehoben werden können. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes müßten sich hier mit der Notwendigkeit eines Statutgesetzes wiederholen.“

ihre Bekehrer! Was es nicht macht, die Idee des Sozialismus in Widerspruch zu nehmen! Ihr habt diese Idee bejubelt, in den Abt gezogen, indem ihr im Interesse des Kapitalismus dessen Krieg 4 1/2 Jahre lang führt.“

Ihr habt den Sozialismus zu profitieren versucht, indem ihr die Arbeiterbewegung und Handgraten, Brüllangriffe und Klammernwerfer gegen Arbeiter in Aktion treten liebt, gegen Arbeiter, die Sozialisten sind. . . Ihr . . . schlagt die Arbeiter während des Krieges in die Ketten des billigen Dienstes, ihr handelt schäblich vor dem Klassenhaß, ihr wollt die Revolution verhindern und beunruhigt euch über nur, als sie gegen euren Willen losbrach, um ihren Geist zu töten, um unter dem Schutze roter Anführer eure Hauswirtschaften für die Bourgeoisie mit vornehmen zu können.

Über Hundert Tausend liegen als Opfer dieser Politik seit dem 6. Dezember in Berlin, um Hundert Tote Sozialisten tragen diese Regierung des Mordes an . . .

Majere tatsächlichen Wege treuen sich von denen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs.

Und nun? Geht und laßt liegen sie heute in den Straßen Berlins, gemordet von der Soldatensold der Regierung Ebert-Scheidemann-Hohe, einer Regierung, die es immer noch wagt, sich eine sozialistische zu nennen. Legt den Namen Sozialisten ab,

Wor kein offener Sieg in offener Schlacht traf euch. Euch hätten die Wunden und Tüden einer Herde von Menschen, die sich zum Regieren berufen glauben und ihre Plätze sichern wollen mit Euren, die die Wunde der Revolution vergilten, die im Geiste der Jugendbewegung eigene Truppen auf Sozialisten heft, die Menschen gegen Menschen jagt, schlimmer wie Faschisten auf Weiten, und Kinder von Bruder töten läßt. . . Ebert, Scheidemann, Hohe. . . 1. Ausgelassen seid ihr für immer aus der Generalität der Sozialisten! . . .

# Nazis in Lenna abgebligt

Seine ganze Rede ging unter in dem schallenden Gelächter der Versammlung. Er machte sich dadurch lächerlich daß er an die Arbeiter hertrat und sie umarmte und sie umarmten sich zu willkürlichen in die Herabsetzung geföhrt, weil sie angeblich gegen die bestehende Regierungsform sein sollten. Sollten falls konnte er nicht anführen. In Italien, erklärte er, werden die Arbeiter mit Mitteln zur Arbeit gebracht. Weiter führte er aus, daß in Italien alle ausländischen Kauten verbreitet werden, daß der Italiener nur seine Gesundheit bewahren soll.

In der Diskussion sprach ein Genosse der SPD und zeigte den Anwesenden klar und deutlich die Lage nach dem roten Volksstreich auf. Er zeigte an Beispielen, die in Lenna passiert sind, daß Nationalsozialisten und Stahlhelmer, als sie durch die Wahlleiter der nationalen Opposition zum Volksstreich aufgefordert wurden, erklärten, sie machen den roten Volksstreich nicht mit, das konnte von den Nationalsozialisten nicht widerlegt werden. Sofort prangerte kaum der Genosse an, daß der Referent wohl zwei Stunden gesprochen habe, aber den Erwerbslosen keinen Zug gezeigt habe, wie sie wieder Arbeit bekommen können. In den Schlüsselaussagen wollte der Nazireferent etwas über die Beteiligung der Arbeitslosigkeit sagen.

Nach den üblichen Phrasen erklärte er dann, 30 Prozent der Erwerbslosen seien Jüdener.

Die Arbeiter, die sich schon viel gefallen ließen, wurden bei diesem Ausdruck so empört, daß die Versammlung polizeilich geschlossen werden mußte. Selbst Angehörige und Beamte des Nazivertreters erklärten, dies sei eine ungeheure Frechheit, über die Erwerbslosen, die gerne jede Arbeit annehmen, so etwas zu sagen. Die ganze Versammlung sah durch diesen Vorfall, daß die Nationalsozialisten, in die Ecke gedrückt, zugeben müssen, daß sie mit der Arbeiterkraft nichts zu tun haben und daß sie gegen die Arbeiter sind. Auch die Angehörigen der Beamten, die ja genau wie die Arbeiter von dem roten Volksstreich bedroht sind, werden allmählich erkennen, daß sie in die rote Fronttruppe gehören. Wenn sie den „Klassenkampf“ befehlen, werden sie aus den Reihen ihrer Kollegen steigen und es wird sich in der Comintern ausbilden. Der „Klassenkampf“ ist die Zeitung der Angestellten und Beamten genau so wie der Arbeiter.

# HAUSEM BEZIRK

Samstagabend, 26. August 1931.

## Ein Schlag gegen Parteifeinde und Volksoerderber

In Holzweißig fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung mit dem Thema „rote Selbsthilfe“ statt. Die Ausführungen des Referenten fanden begeisterte Zustimmung. In der Diskussion qualte eine branderliche Unke. Hageblitz lauten die Angriffe der Brandereiabreure. Unter den Redner mußte der Branderei Hage und Witmore hören. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Holzweißiger Einwohner protestieren aus schärfster gegen die Terrormaßnahmen der Staatsorgane gegen die kommunistische Partei und ihre Funktionäre. Die Verhöhnungen gegen die SPD und das Ausplünderungsprogramm der nationalen Selbsthilfe beunruhigen wir mit der Massenmobilisierung zur roten Selbsthilfe. Wir verpflichten uns, die revolutionären Postulaten im Bereich der Selbsthilfe in jede Wohnung zu tragen und mit allen Kräften an der Schlagkraft der revolutionären Front zu arbeiten.“

Auch der Berliner Branderei-Striker stimmte mit ab. Darauf wurde zur Resolution der Zufug gebracht:

„Die Holzweißiger Arbeiterklasse wird den schärfsten Kampf gegen die Brandereiabreure und alle anderen Feinde bis zur restlosen Niederwerfung führen.“

Hier wurde der Parteifeind geteilt. Eine heftige Diskussion begann und mit größter Spannung und begeisterter Zustimmung folgten die Proletier. In der Abstimmung erhielt der Branderei eine Stimme (nämlich seine eigene).

## Merseburg-Querfurt

### Biel Lärm um nichts

U. A. M. Ucheln. So gar in anderem feinen Mischeln hat sich die Rotenordnung und der Terror gegen den Reichstag vor den Händen bemerkt. Im Bittig erschien hier ein Koller mit 18 Mann aus Merseburg. Sie umteilten das kleine Gewerkschaftsbüro. Unter Ordispolitik machte dann mit Hilfe eines Merseburger Kriminalbeamten eine vollkommen svedische Sauschlus.

Dann fuhren sie in den Vorort Reubendorf und verlegten eine Hausdurchsuchung bei einem dortigen Parteigenossen. Ratturlich bemerken sich die ermittelten Proleten in diesem bisher unbekannten Schauspiel. Auch hier mußten die Angehörigen des Polizeipräsidenten Krüger ergebnislos abgehen. Sie nahmen zwar den Gesellen mit auf die Wache weil sie in einem einzigen Exemplar ein proletarisches Korrespondenzblatt gefunden hatten. Dort waren sie sehr neugierig zu erfahren, was das Blättchen herkommt. Leider war auch diese Nachschau ohne Erfolg und sie mußten den Heftling sofort wieder entlassen.

## Zur Obdachlose - Arbeitshaus und Gummitüppel

U. A. Schendip. Ein Schweiß-Einwohner, der lange Jahre auf Wanderschaft war, wollte sich jetzt in Schendip wieder festhaken machen. Bisherige Wache war ihm auf der Polizeiwache der Rat gegeben worden, er solle sich einen Unterland am Bahndamm bauen. Als er sich jetzt wieder auf der Polizeiwache abhaken wollte, wurde ihm der Zutritt zur Wache verboten. Es wurde ihm bedeutet, er solle aus Schendip verschwinden, sonst würde man ihn als nagelbühnenden Wandersünder ins Arbeitshaus bringen. Als der Kollege sich gegen bemohnte und erklärte, wenn man ihn nicht unterbringe, so werde er auf den Wartplatz isolieren, erhielt er zur Antwort, da würde er schnell verschwinden, da trete eben der Gummitüppel in Tätigkeit. Hier leben wir wieder deutlich, daß das heutige System den Menschen nicht nur keine Arbeit, sondern nicht einmal Unterfangt geben kann. Aber die SPD betreibt, daß der Prolet nichts zu verlieren hat als seine Ketten!

Merseburg. Arbeitslosenschiff eines Beuna-Arbeiters. Ein vollstündiger Arbeitslosenschiff des Mittags um 7 Uhr des Berufs verließ. Er hatte den üblichen Verlesungensverpaß und benutzte, um nach rechtzeitig seine Arbeitsstelle zu erreichen, den Fernzug Berlin-Brandenburg. Als der Zug die Station Beuna in voller Fahrt passierte, sprang der Arbeiter aus dem Zuge, wobei er sich fonderbarerweise nur unerschütterliche Verletzungen zuzog, die ihn in keiner Weise an der Ausführung seiner Arbeit hinderten.

Merseburg. Todlicher Unglücksfall einer Radfahrer. In der Wälgerrstraße ereignete sich in den frühen Nachmittagsstunden ein tödlicher Unglücksfall. Als die 35 Jahre alte Ehefrau H. von ihrem Fahrrad in die Wälgerrstraße einbog, wurde sie von einem Kraftwagen erfaßt und hinstürzte. Sie erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen sie kurz darauf im Krankenhaus verstarb.

## Bitterfeld-Wittenberg

### Solidaritätstag der Roten Hilfe in Holzweißig

Am Sonntagabend, dem 29. August, im Lokal „Stern“, 20 Uhr, Theaterabend mit Rezitationen und Ansprache. Musik.  
Am Sonntag, dem 30. August, vormittags ab 10.30 Uhr, finden auf dem Sportplatz folgende Spiele statt:  
10.30 Uhr Holzweißig 2 - Wittenberg 3  
12.30 Uhr Holzweißig 2 - Sandersdorf 2  
14 Uhr Holzweißig Jgd. - Sandersdorf Jgd.  
15 Uhr Holzweißig 1 - Sandersdorf 1  
16 Uhr Solidaritätsspiel für die Rote Hilfe.  
Mehr Solidarität mit den 5000 proletarischen politischen Gefangenen. Beteiligt euch an den Veranlassungen der Roten Hilfe.

## Wie man eine Distulion verhindert

Die SPD hat ein spezielles Methodensystem, um jede Distulion der bestehenden Mitgliedschaft in den Versammlungen, die man notgedrungen noch durchzuführen muß, zu verhindern. Die „freie Presse“ berichtet darüber in einem dreifelligen Artikel vom 27. August. Da fand in G. P. eine Distulionsveranstaltung statt. Um die an sich todene Versammlung auszubauen (weld ein Armutszeugnis), mußte der „Ratsoch“ zugeben lassen. Die Turner mußten ein Freiwort machen, die Turnvereine nicht aufzulassen. In jeder die „Wanderer“ mußten aufzukommen. Alles um die Zeit totzuschlagen und so eine Distulion abzumürgen. Nach dem Auszug aus dem Refektor des Oberberges Paus, Deliau, den die „freie Presse“ bringt, glauben wir allerdings, daß alle die Urteile hätte, eine Distulion zu verhindern. Es würde doch wohl auch einen SPD-Versteher die Galle bedürftigen, wenn es sich um ein zufriedenes Ende...

## Spitzenleistung!

Der Genosse E. in Schendip hat 30 neue Abonnenten für den „Klassenkampf“ gewonnen. Er will die Zahl auf 50 erhöhen. Wer schlägt den Genossen?

Die Ortsgruppe Unterrehbohl im Mansfelder Land meldet, daß sie ihr Verbeißel erreicht hat.

In der Trägersammlung in Halle wurden gestern 12 neue Abonnenten gemeldet.

Petersroda meldet 14 neue Abonnenten! Arbeiter, Wertarbeiter, abonnieren den „Klassenkampf“! Nur der „Klassenkampf“ ist eure Zeitung!

## Heraus zur Solidaritäts-Konferenz der IZS

zur Organisierung der Massenolidarität für den zweiten Mansfeld-Streit!

Die Zustimmung der Weltwirtschaftsstreife zwingt die Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern das Tempo der Plebejate gegen die notwendigen Klassen nach härter zu entfachen. Unter der Maske der nationalen Selbsthilfe soll auch im Mansfelder Gebiet erneut ein 20prozentiger Lohnabbau durchgeführt werden.

In dieser Situation ist es angelehrt der Lehren der letzten Wirtschaftskämpfe eine der wichtigsten Aufgaben, alle proletarischen Kräfte und Organisationen vor aktiven und materiellen Hilfeleistung für den zweiten Mansfeld-Streit heranzuziehen. Dieser Frage müssen alle Klassenbewußten Arbeiter eine viel größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und selber Voraussetzungen erhält die IZS als Hilfsorganisation für die kämpfenden Arbeiter eine viel höhere Bedeutung.

Um die Voraussetzungen zu schaffen, auf breiterer Grundlage die Arbeiter zu mobilisieren für Massenolidarität ist es notwendig, mit der Offenheit und der Selbstkritik eines proletarischen Klassenbewußtseins die Mängel und Schwächen der bisherigen Hilfsaktionen bei Streiks aufzudecken. Aus den Erfahrungen müssen wir die Kraft und die Anregung schöpfen, um die Arbeit in Zukunft zur Organisierung der Massenolidarität zu verbessern. Ohne der notwendigen ideologischen

und politischen Aufklärung und Mobilisierung der Arbeiter auf der breiten Grundlage wird es nicht möglich sein, die Arbeiter zu organisieren, zu schaffen zur erfolgreichen Mobilisierung der Massenolidarität.

Die Bezirksleitung der Internationalen Arbeiterhilfe für Halle-Merseburg hat deshalb alle ihre Organisationsstellen im Unterbezirk Giebichen-Namdorf-Strehlitz für Sonntag, dem 30. August, vormittags 9 Uhr, nach dem „Volksbau“, Giebichen, zusammenzurufen zu einer

### Interbezirkskonferenz

Es ist dringend notwendig, daß nicht nur alle IZS-Ortsgruppen, sondern darüber hinaus die Ortskomitees der SPD, die roten Betriebsräte und alle mit der IZS sympathisierenden Massenorganisationen an dieser Interbezirks-Solidaritäts-Konferenz teilnehmen. Wir erwarten, daß dieser nochmalige Hinweis auf die große Bedeutung dieser Interbezirkskonferenz genügt, um möglichst viele Arbeiter, damit die Konferenz ein Aufsatzt wird zur wirksamen Organisierung der Massenolidarität für den zweiten Mansfeld-Streit! Bezirksleitung der IZS, Halle-Merseburg.

## Weißentels-Zeit

### Wir sind im Angriff

U. A. Zeit. Die Genossen W. Sch. und A. Z. J. Zeit, Mitglieder der Zeiger-Strikbrigade, haben innerhalb 2 Tagen 450 Briefhüllen (Zweihundertfünfzig) vertrieben und abgerechnet. So antworten die Arbeiter auf die Morde des „Zeiger Volksboten“.

### Kassenfilme in Zeit

Der Bund der Freunde der Comintern veranstaltet am Montag, dem 7. September, einen Filmabend in den Kinospielen „Centralhalle“, Zeit. Es wird gezeigt der Kassenfilm „Man der Schredliche“, als Beilage „Im Schatten der Wäldchen“ und „Lustiges Gefährten“. Die Uhr, zweite Vorstellung 8.30 Uhr, Eintrittspreise 50 und 35 Pfennig, Vorverkauf 35 Pfennig.

Weißentels. Sommerfest. Am Sonntag, dem 30. August, veranstaltete die Ortsgruppe Weißentels der IZS ein Sommerfest im Unterwaldpark. Abends um 12.30 Uhr vom Volkshaus. Wir fordern die Arbeiterkraft zu reger Beteiligung auf.

Naumburg. Das verbotene Rotenfrontpamphlet 31. 8. 1931. Der Arbeiter Kurt M. aus Naumburg war vom Schöffengericht auf Grund des Republikverstoßes auf vier Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er ein Abzeichen des verbotenen Roten Frontpamphletes getragen hatte. Gegen dieses Urteil hatte er Berufung eingelegt, die jedoch von der Großen Strafkammer verworfen wurde.

Naumburg. Todesprung in die Saale. Unterhalb des Grotthofer Jüdenberges sprang kürzlich eine jüngere weibliche Berlin, nachdem sie den Nervenenden etwas zugerufen hatte, in das an dieser Stelle ziemlich tiefe Bettler der Saale, tauchte noch zweimal auftretend auf und verschwand dann in den Fluten. Die Stelle wurde sofort abgebligt, doch gelang es nicht, die Leiche der Lebensmüden zu finden.

## Delitzsch-Torgau

### Freiwilliger Arbeitsdienst

U. A. Schönewalde. Auf der Stempelfabrik Schönewalde hing vor einiger Zeit lebender Aushang: Sechstagige Welttour in Persberg und Schönewalde vom 17. August bis 15. Sept. 1931. Kostenlos Teilnahme beiderlei Geschlechts bis zum Alter von 26 Jahren. Unterbringung mit warmer Mahlzeit. Nach erfolgreicher Beendigung des Kuriums ist sofortige Vermittlung übergeben. Freie Wohnung bis zum 31. Juni 1931 beim Arbeitsamt Torgau, Rebenstraße Herzberg.

Wlo auch was und manifiziert der freiwillige Arbeitsdienst, um die Streikbrechergeraden für die Landwirtschaft auszubilden.

Hüdenberg. Proletenischal. Schmerser Unglück brach in den letzten Monaten über die Familie des Fabrikarbeiters Pieber herein. Am 1. Mai brach schändliche Diebe der mit sechs Kindern gelagerten Familie die gesamte Wäldchen gelöhren. Im Juni sog sich die sechs Jahre alte Tochter, als sie sich in Abszendenheit der Eltern am Hüdenberg zu schaffen machte, so hüben Brandwunden zu, daß sie nach wenigen Stunden farb. Einige Wochen später starb der Ernährer der Familie bei einer Rückenmarkserkrankung an seiner Arbeitsstelle bei der Zubring. Kürzlich ist das jüngste Kind infolge Herztransp gelöhren.

jährt, daß zu den besten Hoffnungen berechtigende Anfänge zu planvoller Produktion und Verteilung vorhanden seien.

Die Arbeiter in der SPD, die nicht durch Wöfen gefaßt und an den Kapitalismus gefettet sind, werden doch wohl erkennen, was ihr Ruhm mit ihnen getrieben wird. Wenn sie in eine politische Versammlung gehen, müssen sie ernsthaft über Kampfmaßnahmen gegen die weitere Verelendung diskutieren. Dazu haben sie die Möglichkeit in jeder kommunistischen Versammlung. Die Kommunisten verteidigen ihnen nicht das Spiel mit Sang und Spiel und Lenz. Die Kommunisten rufen auch dich zum ersten Kampf, zur Organisierung der roten Selbsthilfe.

Bitterfeld. Ein Bitterfelder und seine Geliebte in Berlin tot aufgefunden. Am Donnerstag morgen gegen 7 Uhr wurden im Berliner Grunewald, Jagen 55, in der Nähe des Bahnhofs Grunewald, zwei Personen tot aufgefunden. Es handelt sich um den 30 Jahre alten Bitterfelder Walter Strich aus Bitterfeld und seine Geliebte, die etwa 25 Jahre alte Hausangestellte Zora Scholz aus Deliau, die zuletzt bei Bitterfeld in Stellung war. Beide wiesen Kopfverletzungen auf. Die Leichen wurden beiseitegenommen und in das Beidenhauhaus Charlottenburg gebracht. Heber das Motiv zur Tat kann noch nichts Bestimmtes gelagt werden.

## Mansfeld-Sangerhausen

### Der Erntetranz auf dem Mist

U. A. Mansleben. Die Landarbeiterrinnen bei dem Grobbauern Dohdorn haben auch in diesem Jahre zu Ehren der Herrschaft einen Erntetranz gemacht. Auf dem letzten Erntezuggen sitzen die Landarbeiterrinnen mit dem Erntetranz. Der Wagen fährt zum Tor herein, aber keine Herrschaft läßt ihn flug sehen, um den Kranz in Empfang zu nehmen. Nicht einmal die Heustricke wurde geöffnet. Die empörten Landarbeiterrinnen taten das richtige, was sie tun konnten, sie befürdeten den Erntetranz auf den Mist.

Landarbeiterrinnen von Dohdorn! Ihr seht, euer „Herre“ hat nichts für euch übrig. Er will nur eure Arbeitkraft für einen Hungerlohn ausbeuten. Hoffentlich leidet ihr flug gemorden und geht zum nächsten Jahr keinen Pfennig von eurem sauren verdienstlichen Gebe für einen Erntetranz aus. Organisiert euch im „Bund der Land- und Forstarbeiter“ und kämpft hier in einer Reihe mit euren Kollegen und Kolleginnen für die Nachzahlung der geraubten Erntezulage, für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen.

Erdeborn. Öffentliche Versammlung der Roten Hilfe am Sonntagabend, dem 29. August, 20 Uhr, im Lokal „Stern“, Erdeborn. Gen. Schoder, Giebichen, spricht über: „Was will die Rote Hilfe.“

Giebichen. Heimkehr aus der Fremdenlegion. Am Donnerstag feierte der Sohn der Witwe Rehmer nach fünfjähriger Dienstzeit in der französischen Fremdenlegion in der Nacht zu seiner Mutter zurück. Rehmer war leinseitig auf der Wanderschaft im Elsaß französischen Weibern in die Hände gefallen.

Nordhausen. Vom Führerlosen Auto getötet. Auf dem Kornmarkt wurde am Donnerstag früh nach Witternand der 80 Jahre alte Buchhalter im Ruhestand Stephan von einem Personentransportwagen tödlich überfahren. Der Führer des Autos war aus dem Wagen getreten ohne die Kupplung auszuschnallen, und hatte demselben den Wagen durch Schließen in Gang zu bringen, da der Anfahrer nicht anbrang.